

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Feldstudien

Schwerpunkt Landwirtschaft

Coverstory:
Nebenbei rund um die Uhr

Der Großteil der Landwirtschaft wird im Nebenerwerb betrieben. Ein Porträt.

6

Interview:
Waterloo Transparenzdatenbank

Werner Muhm über hypertrophe Förderungen und moderne AgrarunternehmerInnen.

18

Reportage:
Es geht um das Mindeste

Arbeit auf dem Feld wird oft lächerlich gering entlohnt. Auch in Österreich.

26



18

Interview

Werner Muhm, Steuerexperte und bis 2016 Direktor der AK Wien, über den Strukturwandel in der Landwirtschaft, hypertrophe Förderungen, fleißige Bauern und moderne AgrarunternehmerInnen.



26

Reportage

Bis heute ist Erntearbeit wichtig für die Versorgung mit Lebensmitteln. Gleichzeitig wird die Arbeit auf dem Feld auch in Österreich oft lächerlich gering entlohnt.

Schwerpunkt

Die Kleinen als Feigenblatt

12

In Europa wie in Österreich: Großbetriebe im Aufwind, Kleinlandwirte kämpfen. Große expandieren auf Kosten der Kleinen.

Im Namen der KleinbäuerInnen

14

Wie Agrarförderungen meist begründet und wie sie tatsächlich verteilt werden.

Tricks bei der Wasserqualität

16

Österreichweit hat das Trinkwasser Spitzenqualität. Nicht so in landwirtschaftlich intensiv genutzten Problemregionen.

Veraltetes Steuersystem

22

Trotz reformierten Einheitswerts ist zu bezweifeln, dass der Agrarsektor einen realistischeren Steuerbeitrag leistet.

Ackern 4.0

32

Die Digitalisierung der Landwirtschaft gilt als Zukunftsmodell. Sie soll die körperliche Arbeit ersetzen.

Unter den Füßen wird es knapp

34

Österreich ist Meister im Verbrauch von Landflächen. Boden wird immer knapper, was Wohnen zunehmend teurer macht.

Geld kann man nicht essen

36

Welche Folgen der InvestorInnen-Appetit auf Rendite und die Marktlogik des globalen Systems für arme Länder haben.

Preise im Nebel

38

Agrarprodukte sind in Österreich deutlich teurer als in Deutschland. Doch ist dieser Unterschied tatsächlich gerechtfertigt?

Das ungleiche Spiel

40

Kleinbäuerliche Betriebe in Entwicklungsländern zählen zu den Verlierern der weltweiten Öffnung des Agrarsektors.

Ernte aus dem Steuertopf

42

Was der Agrarsektor 2016 extra bekommen hat und warum es ein Gerechtigkeitsdefizit gibt.

Coverstory

Die Mehrheit der LandwirtInnen in Österreich bewirtschaftet ihren Betrieb inzwischen im Nebenerwerb. Nicht alle haben das Glück, dass sich ihr zweiter Beruf perfekt mit der Landwirtschaft verbinden lässt. Zwei Familien im Porträt.

Standards

Historie: „Wachet auf – denkt nach!“	4
Standpunkt: Bitte mehr Ehrlichkeit!	5
Statistiken: Landwirtschaftsdaten	24
Nicht zuletzt – von Rainer Wimmer	43
Frisch gebloggt	44
Aus AK und Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Lena Karasz, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Kraßnitzer, Sylvia Kuba, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Michael Mazohl (Artdirektion)
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder,
Maria Burgstaller, Astrid Fadler, Sylvia Kuba,
Irene Mayer-Kilani, Sandra Knopp, Michael Mazohl,
Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Angela Pfister,
Christian Reisei, Alexandra Rotter, Udo Seelhofer,
Thomas Stollenwerk, Iris Strutzmann, Rainer Wimmer

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Wachet auf – denkt nach!

Von allen Berufsgruppen bestanden für die Land- und ForstarbeiterInnen die größten Hindernisse einer gewerkschaftlichen Organisation.

Wachet auf aus der bisherigen Gleichgültigkeit, denkt darüber nach, ob nicht auch Ihr dieselben Menschen seid wie die Reichen ... Jeder Mensch soll als solcher behandelt werden und so viel verdienen, dass er auch menschlich leben kann. Dieses kann aber nach den bisherigen Erfahrungen nur durch ein strammes Zusammenhalten aller Arbeitenden erreicht werden. ... Wer daher will, dass auch in der Forst- und Landwirtschaft bessere Verhältnisse eintreten, der trete als Mitglied unserem Verbands bei.

Ein wahrscheinlich von dem „Agitator“ Alois Korinek verfasstes Flugblatt appellierte 1906 an die ArbeiterInnen der Forst- und Gutsbetriebe, sich der neu gegründeten Forst- und Landarbeitergewerkschaft für Niederösterreich anzuschließen. Kleine Vereine dieser ArbeiterInnen existierten bisher nur in der Steiermark und in Nordwestböhmen, einige ArbeiterInnen vom Land hatten sich auch gemischten Gewerkschaften angeschlossen, aber die Organisation steckte noch in ihren Anfängen. Während damals schon über ein Fünftel der IndustriearbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert war, galt dies nur für etwa ein halbes Prozent der fast 2,5 Millionen ArbeiterInnen in der Land- und Forstwirtschaft. Neben den drei erwähnten Organisationen, die sich bis 1913 zu einem österreichischen Verband zusammenschlossen, bestanden in Krakau/Kraków und Lemberg/Lwiv kleine Organisationen der Land- und Forst-

arbeiterInnen. Dazu kamen zwei christliche Gewerkschaften, eine der ForstarbeiterInnen im Salzkammergut und eine von GutsarbeiterInnen in Nordwestböhmen.

Die Initiative ging fast immer von ForstarbeiterInnen aus, denn sie unterstanden ab 1894 nicht mehr den für die LandarbeiterInnen bis zum Ende der Monarchie geltenden Dienstbotenordnungen und hatten deshalb etwas mehr Handlungsspielraum. Die Dienstbotenordnungen verpflichteten den/die ArbeiterIn zur ständigen Anwesenheit am Arbeitsplatz, sein/ihr unerlaubtes Verlassen stand unter Strafe. Außerdem musste jeder Besuch in der Dienstwohnung gemeldet und vom Dienstgeber gestattet werden. Das erschwerte die Mitgliederwerbung ungemein, dazu kam das brutale Vorgehen der GutsbesitzerInnen, aber auch vieler ForstbesitzerInnen und ihrer Verwalter gegen jene, die sich trotzdem einer Organisation anschlossen. Alois Korinek berichtete darüber in einer LandarbeiterInnenversammlung in Schwechat:

Der Besitzer der Brauerei und Gutsverwaltung Dreher hatte angeordnet, dass an dem Sonntag, an dem die Versammlung stattfinden sollte, gearbeitet werden müsse. Alle Landarbeiter, die die Versammlung trotzdem besuchten, wurden am nächsten Tag entlassen und mussten ihre Dienstwohnungen räumen ... In Stift Heiligenkreuz, dessen Forstarbeiter sich kurz vorher der Gewerkschaft angeschlossen hatten, wurde den



Archiv Produktionsgewerkschaft.

Dieses frühe Gewerkschaftslogo zeigt einen Forstarbeiter und einen Landarbeiter, die sich solidarisch die Hand reichen. Im Hintergrund geht die Sonne auf – ein altes Symbol für die Chance, die sich durch die gewerkschaftliche Organisation bietet. Die zahlreichen in der Land- und Forstwirtschaft arbeitenden Frauen sind allerdings ausgeblendet.

Kindern der Arbeiter das Beerensammeln im Wald untersagt, das Geschirr mit den Beeren wurde ihnen vom Forstpersonal weggenommen und zer schlagen.

Nach 1918 nahm die Zahl der Organisierten zwar zu, aber der Organisationsgrad in der Land- und Forstwirtschaft erreichte vor 1945 nie mehr als fünf Prozent.

Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Bitte mehr Ehrlichkeit!

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst
Arbeit&Wirtschaft

Manches Mal fragt man sich, ob man sich nicht eigentlich im Marchfeld befindet, wenn man riesigen Traktoren oder anderen Landmaschinen dabei zusieht, wie sie sich durch enge Bergdörfer quälen. Es verwundert schon, wenn man ihnen in Gegenden begegnet, in denen es nur kleine Äcker gibt. „Und das alles aus unserem Steuergeld bezahlt“, lautet dann ein schneller Reflex. Doch wie so oft ist die Wahrheit auch in der Landwirtschaft komplizierter, als es verbreitete Vorurteile suggerieren – so wahr einige auch sein mögen.

Drastische Unterschiede

So klein Österreich auch sein mag, allein schon wegen der Topografie gibt es massive Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben. Um es anhand eines Vergleichs zu veranschaulichen: Das unterste Viertel der Betriebe im österreichischen Querschnitt schrieb Verluste, das oberste Viertel hatte ein Pro-Kopf-Einkommen von 51.201 Euro. Den Fakten zum Trotz wird weiterhin Landwirtschaftspolitik betrieben, als wären alle LandwirtInnen in einer ähnlich schwierigen Situation.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Viele BäuerInnen leisten in der Tat Schwer(st)arbeit und kämpfen um ihr wirtschaftliches Überleben. Aber eben nicht alle. Doch leider hat man den Eindruck, dass es unmöglich ist, eine sachli-

che Diskussion über die Landwirtschaft zu führen. Allzu schnell gehen die Wogen hoch. Dabei ist es völlig unverständlich, dass große LandwirtInnen von Begünstigungen profitieren, die für jene Betriebe sinnvoll sind, die tatsächlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Noch viel unverständlicher ist, dass von vielen Förderungen die Großen überhaupt am meisten profitieren. Wenn Betriebe keine Hagelversicherungen abschließen, aber wenn es dann tatsächlich hagelt, nach dem Staat rufen, liegt etwas gewaltig im Argen.


Gewaltig schief läuft es jedenfalls im Steuersystem, von dem LandwirtInnen profitieren. Der beharrliche Widerstand gegen die Anpassung der Einheitswerte an ein realistischeres Niveau sorgte sogar für einen riesigen Schritt in Richtung Ungleichheit des österreichischen Steuersystems, nämlich die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuern. Groß wurde angekündigt, dass die Einheitswerte nun nach vielen Jahren – konkret seit 1989 – endlich angepasst würden. Die Realität hinkt dem aber weit hinterher. So bleibt weiterhin ein System bestehen, das sogar das Verfassungsgericht und der Rechnungshof als ungerecht eingestuft haben. Entlarvend ist dabei die Linie des Finanzministeriums: Einmal verteidigte es die Pauschalierungsregel mit Hinweis „auf die in der Land- und Forstwirtschaft bestehenden, mit anderen Wirtschaftsbereichen nicht vergleichbaren besonderen Ver-

hältnisse“, einmal verwies es auf schlechte Ergebnisse in der Land- und Forstwirtschaft, einmal auf Schwierigkeiten aufgrund des EU-Beitritts, weshalb „eine stärkere steuerliche Erfassung nicht durchsetzbar gewesen sei“.

Verdeckte Karten

Nun könnte man klar und deutlich sagen, dass man den Agrarsektor pauschal fördern will. Darüber aber gibt es keinen Konsens. Die Folge: Statt mit offenen Karten zu spielen, werden kleine Betriebe missbraucht, um Steuervorteile von großen LandwirtInnen zu verteidigen. Ähnliches gilt für das Fördersystem. Deshalb wirft die Arbeiterkammer zu Recht immer wieder die Frage auf, ob in der Landwirtschaft wirklich eine Umverteilung von unten nach oben stattfinden soll, und drängt auf Reformen.

Wir leben in einem Solidarsystem, daher ist es nur allzu nachvollziehbar, dass ArbeitnehmerInnen erwarten, dass Zuwendungen an die Landwirtschaft nicht nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden. Darüber muss man offen diskutieren können. Immerhin geht es um Steuergelder und darum, wie diese lukriert und verteilt werden. Steuergelder, die für dringend nötige Reformen gebraucht werden, von der Bildung über den Arbeitsmarkt bis hin zur Pflege. Und es geht darum, ob die Steuerlast zwischen den BürgerInnen fair verteilt ist.



Die Mehrheit der LandwirtInnen in Österreich bewirtschaftet ihren Betrieb inzwischen im Nebenerwerb. Manche haben wie Josef Pfeiffer das Glück, dass sich ihr zweiter Beruf perfekt mit der Landwirtschaft verbinden lässt. Für andere Beschäftigte wie Hannes und Elke Krauscher bedeutet es viel Arbeit, anstrengendes Pendeln und Stress. Und doch machen sie ihre Berufe mit Leidenschaft. Zwei Nebenerwerbs-Familien im Porträt.

Text: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

„Ich war 25 Jahre lang mit Leidenschaft Einkäufer und Winzer“, sagt Hannes Krauscher. So lange pendelte er zwischen Großhöflein bei Eisenstadt, wo sein Weingut liegt, und Wien, wo er in einer Pharmafirma arbeitete. Nun kehrt der gelernte Weinbauer zu seinen Wurzeln zurück.

Nebenbei rund um die Uhr



Schon wenn man sich der Sporthalle in Hartberg nähert, sieht man, dass an diesem Tag Anfang November etwas Besonderes los ist. Es ist Mittagszeit und der Parkplatz ist voll, Kinder und Jugendliche strömen auf den Eingang zu, in der Halle selbst wuselt es nur so von jungen Menschen. In mehreren Reihen sind Stände aufgebaut, an denen verschiedene Schulen Werbung für sich machen.

Etwas weiter hinten im Raum ist der Stand der Landwirtschaftlichen Fachschule Güssing. Dort spricht Josef Pfeiffer gerade mit mehreren Mädchen, die sich für den Schulzweig Pferdewirtschaft interessieren. Gut gelaunt steht er ihnen Rede und Antwort, verteilt Informationsmaterial und Gebäck. Pfeiffer ist Lehrer an der Schule, nebenbei hat er einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Gemeinde Eltendorf im südlichen Burgenland.

Pfeiffer weiß viel zu erzählen, denn schon seit 34 Jahren bestreitet er mit seinem Lehrgelohn und den Erträgen aus der Landwirtschaft seinen Lebensunterhalt. Wie man diese zwei Berufe unter einen Hut bringt, darauf hat er eine klare Antwort: „Man braucht ein sehr konsequentes Zeitmanagement, egal ob das in der Schule oder in einem anderen Beruf ist. Man muss einfach einen strikten Zeitplan haben.“

Dabei kommen ihm die Stundenpläne und Urlaubsregeln in der Schule entgegen, wie er gesteht: „Da tut man sich natürlich leichter.“ Der große Vorteil im Vergleich zu vielen anderen Nebenerwerbsbauern ist freilich auch, dass sich seine Aufgabe in der Schule und seine Tätigkeit als Bauer perfekt ergänzen. „Als Landwirt in der landwirtschaftlichen Schule zu unterrichten: Es gibt nichts Besseres!“, sagt er begeistert.

Nicht bei allen Nebenerwerbsbäuerinnen und -bauern lassen sich die beiden Berufe so gut vereinbaren wie bei Josef Pfeiffer. Zum Alltag gehört eine solche Doppelbelastung inzwischen für die knappe Mehrheit (53 Prozent) der österreichischen BäuerInnen, die ihre Landwirtschaft als

Josef Pfeiffer hat selbst die Fachschule Güssing besucht und danach eine pädagogische Ausbildung absolviert. „Ich wollte immer zu Hause den Betrieb übernehmen“, erzählt er. Im Jahr 1982 fragte ihn der damalige Direktor, ob er nicht ein Jahr als Lehrer einspringen wolle. „Aus dem einen Jahr sind dann mehr als 30 Jahre geworden“, erzählt er schmunzelnd.

Nebenerwerb betreiben. Der Hauptgrund: Die Landwirtschaft allein bringt nicht genug Geld, um davon den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

In vielen Fällen aber müssen BäuerInnen die Landwirtschaft noch neben einem völlig anderen Beruf unterbringen, wie es etwa bei einigen MitarbeiterInnen der voestalpine der Fall ist, denen bisweilen der Volksmund die Mitverantwortung für lange Staus im Berufsverkehr nach Linz gibt.

PendlerInnen-Alltag

Eine solche Situation kennen Hannes und Elke Krauscher nur zu gut. Das Ehepaar betreibt in der direkt an die burgenländische Hauptstadt Eisenstadt angrenzenden Ortschaft Großhöflein ein Weingut. Fast 25 Jahre lang musste Hannes Krauscher den Weinanbau mit seinem anderen Job als Einkäufer bei der Pharmafirma Shire unter einen Hut bringen.

Die Firma hat ihren Sitz in Wien. Täglich pendelte er mit dem Auto in die Hauptstadt, seit elf Jahren gemeinsam mit seiner Frau Elke, deren Arbeitgeber nicht unweit der Pharmafirma residiert. „Ich mache Personalverrechnung in Wien. Und das halt auch nebenbei“, erzählt sie. „Nebenbei rund um die Uhr“, hakt ihr Mann ein.

Krauschers ganzer Stolz ist ein Süßwein namens „Otto“: ein Muskat Ottonel, der aber mit weniger Alkohol auskommt als andere Süßweine. Ansonsten produziert er einen Rosé Sankt Laurent und hat mehrere Rot-, Weiß- und Schaumweine auf der Weinkarte. Es ist kaum übersehbar, mit welcher Leidenschaft er am Werk ist.

Dass der gelernte Weinbauer in der Pharmaindustrie gelandet ist, ist eine Kombination aus Pech und Zufall. Denn an sich hat Krauscher die Höhere Schule für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg absolviert.

Doch dann kam das große Pech. „Ich habe einen super Start in die Berufslaufbahn gehabt“, sagt er mit zynischem Unterton und doch lachend. „Ich habe Anfang Juni 1985 maturiert und Mitte Juni ist der Weinskandal, die Bombe, geplatzt. Da denkst du dir: super Berufswahl!“

Der Traum von einer Laufbahn im Weinbau mit späterer Übernahme des familieneigenen Betriebs war also vorerst geplatzt. Nach ein paar Jahren im Burgenländischen Winzerverband machte er einen kurzen Ausflug in die Versicherungswirtschaft, als er eines Tages von einem Bekannten angesprochen wurde, dass bei Immuno, einer der Vorgängerfirmen von Shire, ein Einkäufer gesucht werde. Kaum hatte er vorgeprochen, war er auch schon engagiert, erzählt Krauscher und lacht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten fand er Gefallen an seinem Job.

Schmerzhaftes Entscheidungen

Zu Beginn seiner Berufslaufbahn war das Weingut noch hauptsächlich in den Händen der Eltern. 2003 übernahm er dann von ihnen – und musste gleich eine wichtige wie schmerzhaftes Entscheidung treffen, um seine beiden Jobs unter einen Hut bringen zu können. „Wir haben da 13,5 Hektar gehabt. Das ist irre nebenbei“, sagt er rückblickend. Also verkleinerte er die Anbauflächen zunächst auf 9,5 und dann auf 7,68 Hektar.

„Der Plan war: Wir fahren das Weingut von der Größe her so runter, dass es schnuckelig handelbar ist. Weil das Problem, das wir eigentlich über viele Jahre mitgeschleppt haben, war: Wir waren für nebenbei zu groß“, erzählt er. „Vor zwei Jahren haben wir das geändert, weil wir gesagt haben: Es ist immer noch zu viel. Wenn du 20.000 Liter in der Flasche nicht an einen Kunden bringst, weil du die Zeit für den Verkauf nicht hast – weil das ist das Um und Auf –, dann funkt es nicht.“

Seine Frau Elke Krauscher bestätigt: „Es war schon schwierig, die Weine an den Mann oder die Frau zu bringen, weil der Hannes in den letzten Jahren so wenig Zeit gehabt hat.“ Also verkleinerten sie noch einmal, seither hat ihr Weinbaubetrieb eine Größe von 5,5 Hektar.

Neuer Lebensabschnitt

Für das Ehepaar Krauscher beginnt nun ein neuer Lebensabschnitt. Denn von der letzten Kündigungswelle bei Shire, die rund 500 MitarbeiterInnen in Österreich den Job kostete, war auch Hannes Krauscher betroffen. Momentan muss er sich noch an die neue Situation gewöhnen, seit August ist er freigestellt: „Jetzt geht das noch bis Ende Jänner und ich genieße mein neues Leben jeden Tag ein bisschen mehr.“

An der Größe des Betriebs wollen die beiden derweil nichts ändern: „Das ist eine superschnuckelige Größe, mit der wir ein schönes Leben haben können.“ Elke Krauscher arbeitet derweil weiter in Wien, was bei ihrem Mann durchaus Mitleid hervorruft: „Jetzt kommt der Winter und die Arme muss

*Land- und
forstwirtschaftlicher*
Nachwuchs

Im Schuljahr 2015/16 besuchten 17.435 SchülerInnen eine land- und forstwirtschaftliche Schule. Das Geschlechterverhältnis an sich beträgt fast 50:50, es ist allerdings je nach Ausbildung sehr unterschiedlich. Nur wenige Mädchen absolvieren in Österreich etwa eine Ausbildung in der Forstwirtschaft.

Wie in so vielen anderen Bereichen auch gehen Mädchen gerade in jene Bereiche, die ein schlechteres Einstiegsgehalt erwarten lassen. So kann ein/e FacharbeiterIn für Forstwirtschaft mit einem Einstiegsgehalt von 1.970 Euro rechnen, in der Landwirtschaft sind es 1.550 Euro, in der Pferdewirtschaft 1.430 Euro.





Der Vater von Hannes Krauscher gründete das Weingut im Jahr 1966. Er selbst hatte Pech, denn kurz nachdem er seinen Abschluss als Winzer an der Klosterneuburger Weinschule gemacht hatte, erschütterte der Weinskandal Österreich. Jahrelang arbeitete er als Verkäufer einer Pharmafirma und betrieb nebenbei das Weingut.

pendeln.“ Sie selbst sieht es pragmatisch: Man müsse schauen, wie sich der Betrieb nun weiterentwickelt. „Wenn wir mehr Möglichkeiten haben zu verkaufen, werde ich sicher auch daheimbleiben, weil die Arbeit mehr wird“, meint sie.

Aber wohl nicht nur deshalb, denn wenn sie über die Landwirtschaft spricht, kommt sie ins Schwärmen. Es sei eine sehr lohnende Tätigkeit: „Man ist viel in der freien Natur, hat viel mit Menschen zu tun und bekommt noch dazu so oft positives Feedback, wenn ein Wein schmeckt.“

Arbeitsintensive Tierwirtschaft

Auch die Geschichte des Betriebs von Fachschullehrer Pfeiffer zeigt, dass es nicht immer einfach ist mit der Doppelbelastung. Denn solange seine Eltern noch am Hof mitarbeiteten, wurden im Familienbetrieb auch Schweine gezüchtet. Damit war Schluss, als Pfeiffer den Betrieb übernahm. „Bei den Tieren ist man festgebunden“, erklärt er. Heute baut er auf einem Hektar Uhdler an, auf weiteren 15 Hektar Land betreibt er Ackerbau.

Aus seiner Gemeinde berichtet er von zwei weiteren Bauern, die ebenfalls doppelgleisig fahren mit Ackerbau nebenbei. „Das ist alles total mechanisiert, das geht“, sagt Pfeiffer. Zudem hat er viel ausgelagert, unter anderem die Ernte oder den Pflanzenschutz, im Weinbau hat er einen geringfügig Beschäftigten eingestellt.

„Die anspruchsvollen Tätigkeiten wie den Anbau selbst und die Verarbeitung übernehme ich“, erzählt Pfeiffer. Die Vermarktung liege größtenteils in den

Händen seiner Frau. Warum tut man sich die Doppelbelastung überhaupt an? „Liebe und Leidenschaft“ lassen die ArbeiterInnen oder Angestellten an der Landwirtschaft zumindest nebenbei festhalten, wie es der Uhdler-Bauer ausdrückt.

Auch bei der Berufsmesse in Hartberg kann man aus den Wortmeldungen der Jugendlichen heraushören, dass die Familientradition die Berufswahl stark beeinflusst: „Meine Großeltern haben einen Bauernhof. Da arbeite ich auch schon mit, das macht Spaß“, erklärt ein Bursche. Ein anderer Bursche, der ebenfalls bei Josef Pfeiffer um Informationen über die Schule gefragt hat, erklärt: „Mein Vater ist Jäger. Das will ich auch werden.“ Der Vater eines Mädchens, das ganz rote Backen bekommt, als es hört, wie oft Reiten auf dem Stundenplan der Schule steht, besitzt einen Reiterhof.

An 96 Standorten österreichweit gibt es land- und forstwirtschaftliche Fachschulen wie jene, an der Pfeiffer unterrichtet. Zudem können Jugendliche an Berufsschulen oder Höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen eine Ausbildung als LandwirtInnen absolvieren.

Digitalisierung

„Beruf mit Zukunft“ steht auf den Faldern der drei Güssinger Schulzweige. Ein Blick in die Statistik lässt allerdings Zweifel aufkommen, vor allem was die sinkende Bedeutung der Agrarwirtschaft in Österreich betrifft (siehe auch S. 12–13). Was hat sich während seiner 35-jährigen beruflichen Laufbahn in Landwirtschaft und Ausbildung verändert? „Es ist sehr

viel Technik dabei, modernste Technik wie GPS-Systeme, Pflanzenschutz- und Düngegeräte, Melkmaschinen, alles computergesteuert“, erzählt Pfeiffer. Mit der steigenden Digitalisierung nahm die Bedeutung der EDV-Ausbildung seiner SchülerInnen noch deutlich zu.

ProfessionalistInnen

Das Bild von LandwirtInnen, die in Familienbetrieben wirtschaften und deshalb mit Bürokratie und Buchhaltung zu sehr belastet werden dürften, entspricht jedenfalls nicht mehr der Realität. „Heute sind die Jungbauern Professionalisten“, hält Pfeiffer fest. Auch hätten bei Weitem nicht alle einen Familienbetrieb im Hintergrund: „Das Verhältnis ist 50:50“, sagt er. Sie seien sehr gefragte FacharbeiterInnen etwa im Maschinenring oder in Lohnunternehmen der Landwirtschaft.

„Sie haben auch eine technische Ausbildung in der Landtechnik, deshalb sind sie im Landmaschinensektor sehr gefragt“, weiß Pfeiffer. „Die Betriebe reißen uns die Absolventen aus der Hand oder werben sie sogar schon in der Schule ab.“

Immer wieder wendet sich Josef Pfeiffer zwischendurch interessierten SchülerInnen zu. „Bitte, kann ich helfen? Was interessiert euch?“, fragt er, stellt den Anfragen entsprechend die Infomaterialien zusammen und plaudert entspannt mit den Jugendlichen.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Kleinen als Feigenblatt

Großbetriebe sind im Aufwind, Kleinlandwirte kämpfen. Das gilt für Europa wie für Österreich. Wie „die Großen auf Kosten der Kleinen“ expandieren.

Irene Mayer-Kilani

Freie Journalistin für „Kurier“ und
Printmagazine

Die Werbung bedient sich gerne idyllischer Bilder: Geworben wird mit kleinen Bergbauernhöfen in naturbelassener Landschaft, mit Kühen und Schafen, die beim Namen genannt werden. Die Realität sieht allerdings anders aus: Große Höfe und Agrarbetriebe sind im Steigen.

Bei der Landwirtschaftsförderung haben ebenfalls Großbetriebe die Nase vorn. Die staatlichen Bundesforste verfügen über den größten Grundbesitz im Land. Der Rest, zigtausende Quadratkilometer Wald, Wiesen und Berge, befindet sich hauptsächlich in der Hand ehemaliger Adelsfamilien und der Kirche. Die Hälfte der Fläche Österreichs wird für die Landwirtschaft genutzt.

Sinkende Bedeutung

Die österreichische Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen massiven Wandel erlebt. Im Jahr 1951 war noch fast ein Drittel (31 Prozent) der österreichischen Wohnbevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Von den insgesamt 1,52 Millionen dort Beschäftigten waren 1,08 Millionen hauptberuflich tätig. Rund 100.000 Lohnarbeitskräfte arbeiteten ständig in dem Bereich.

Seither ist der land- und forstwirtschaftliche Sektor massiv geschrumpft: Im Jahr 2016 waren dort gerade noch 134.400 Erwerbstätige beschäftigt, was einem Anteil von nur noch 4,3 Prozent der Erwerbstätigen entspricht. Dies spie-

gelt sich auch in der Wirtschaftsleistung des Agrarsektors wider: Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BIP ging von 16 Prozent Mitte der 1960er-Jahre auf 1,3 Prozent im Jahr 2016 zurück.

Trend zu großen Betrieben

Auch die Betriebe selbst haben sich verändert, vor allem gibt es einen Trend zu größeren Betrieben: Im Jahr 1951 wurde von einem Betrieb eine durchschnittliche Fläche von 18,8 Hektar bewirtschaftet, im Jahr 2016 waren es 45,7 Hektar. Am deutlichsten lässt sich dieser Trend zum Großen bei der Tierhaltung beobachten. Am rasantesten ist die Verdichtung in der Schweinezucht: Im Jahr 1995 lag der durchschnittliche Bestand bei 35 Tieren, inzwischen sind es mit 110 Schweinen dreimal so viele. Was die Rechtsformen betrifft: 90 Prozent sind Einzelunternehmen, die als Familienbetrieb geführt wurden, mehr als die Hälfte (54 Prozent) davon im Nebenerwerb.

Was die Einkommen betrifft, so lässt ein Blick in die Statistik allerdings erkennen, dass es den LandwirtInnen nicht unbedingt so schlecht geht, wie ihr Auftreten in der Öffentlichkeit bisweilen suggeriert. Ein Faktencheck der Arbeiterkammer Niederösterreich aus dem Jahr 2013 zeigt, dass die Einkommensunterschiede zwischen den insgesamt 160.000 Landwirtschaftsbetrieben in Österreich krass sind. Das oberste Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe hat ein um 100 Prozent höheres Pro-Kopf-Einkommen als jene im untersten Viertel. Das Durchschnittseinkommen der BäuerInnen liegt bei knapp 18.000 Euro.

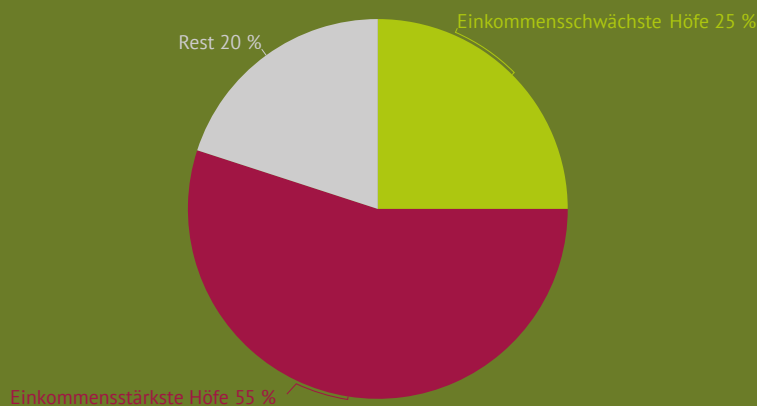
Bei den Einkommen gibt es ein deutliches Ost-West-Gefälle: So ist das Pro-Kopf-Einkommen im Burgenland mit rund 30.000 Euro mehr als doppelt so hoch wie in den beiden einkommenschwächsten Bundesländern Tirol und Salzburg. Niederösterreich mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 28.000 Euro und Oberösterreich mit rund 25.000 Euro folgen auf den Plätzen zwei und drei.

Auch die Arbeiterkammer Wien hat die Einkommen in der Landwirtschaft untersuchen lassen. Dieser Studie aus dem Jahr 2011 zufolge steigen die Agrareinkommen rascher als die Einkommen von ArbeitnehmerInnen: „Auch wenn es bei den Bauern große Einkommensunterschiede und -schwankungen gibt, so steigen im langjährigen Trend die Netto-pro-Kopf-Einkommen aus der Landwirtschaft deutlich stärker als die Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten“, heißt es darin. Noch besser schneiden Vollerwerbsbäuerinnen ab. Im Übrigen machen Agrarsubventionen etwa zwei Drittel der durchschnittlichen Einkommen aus Landwirtschaft aus.

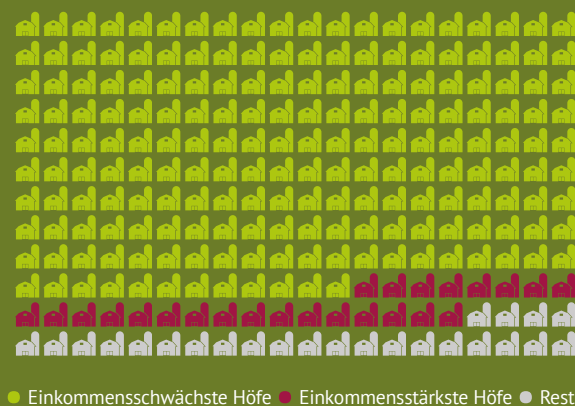
Vermögende LandwirtInnen

Nicht nur bei den Einkommen, vor allem bei den Vermögen stehen LandwirtInnen besser da. Selbst Kleine wiesen im Jahr 2009 ein Vermögen von mehr als 200.000 Euro auf. Im Durchschnitt hatten LandwirtInnen gar mehr als 350.000 Euro. Zudem verfügten sie über eine Eigenkapitalquote von rund 90 Prozent. Ein weiterer Vorteil: „Durch Umwidmungen von Grünland auf Bauland können sich

Anteile der Höfe an Fördermitteln



Einkommensstruktur der Höfe



diese Werte für die einzelnen Landwirtschaften noch deutlich erhöhen.“ Zwar steigt mit der Größe des Betriebs die Verschuldung, aber auch große Landwirtschaften kommen knapp an diese Zahl heran. Die AK vergleicht diese Eigenkapitalquote mit jener von österreichischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, die im Median „je nach Branche und Unternehmensgröße“ 25 bis 40 Prozent beträgt.

Dazu kommt: „Je vermögender ein Landwirt ist, umso höher ist der Anteil der Förderungen am Gesamteinkommen!“ Eine Schlussfolgerung der Studie lautet entsprechend: „Diese Tatsache sollte im Sinne einer bedarfs- und strukturgerechten Agrarpolitik dringend überdacht werden.“

Umstrittene Zahlen

Laut Jahresbericht der Landwirtschaftskammer liegt der Gesamtumsatz des „Unternehmens Land- und Forstwirtschaft“ bei fast neun Milliarden Euro. Ein/e LandwirtIn ernährt durchschnittlich 105 Menschen, im Jahr 2000 waren es erst 65. Österreichische Produkte werden in über 100 Länder weltweit exportiert. Rund um Land- und Forstwirtschaft sind mehrere Milliarden-Branchen mit vielen Tausenden Arbeitsplätzen angesiedelt: die Zulieferindustrie mit Land-, Forsttechnik- und Stallbauunternehmen, mit Düngemittel- und Pflanzenschutzfirmen, um nur einige zu nennen.

Die offiziellen Zahlen über die Lage der Land- und Forstwirtschaft lösen regelmäßig Kritik aus. Einige Bauern bezeichnen die aktuellen Zahlen verärgert

als „Fake News“. „Das kann nicht sein. Das sagt einem der Hausverstand, wenn man die Preise anschaut, die es im Vorjahr für Milch, Fleisch oder Getreide gegeben hat“, so ein empörter Landwirt. Rupert Lindner, Sektionschef im Landwirtschaftsministerium, hat eine weitere Erklärung, warum die Zahlen des Grünen Berichts bei manchen Landwirten für Kopfschütteln sorgen. Gegenüber den „Oberösterreichischen Nachrichten“ sagt er dazu: „Es laufen ja nicht alle Produktionssparten im selben Jahr gleich gut oder gleich schlecht. Nur die Förderungen sind eine konstante Größe.“ Es gebe viele Zusammenhänge: MilchbäuerInnen hätten 2016 schlecht bilanziert, obwohl der Milchpreis im zweiten Halbjahr schon gestiegen sei. „Die meisten Milchbauern in Österreich haben aber auch Forstgrund, und das Einkommen daraus ist im Vorjahr wegen des Schadholzes schlecht gewesen.“

Ignorierte Missstände

Kritik an der Landwirtschaftspolitik und ihren Konsequenzen wird oft als Angriff auf alle BäuerInnen gesehen. Aufgedeckte Missstände prallen an starken Agrarlobbys ab. Auch Gewerkschaften appellieren wiederholt, bei Agrarsubventionen und Lebensmittelpreisen auf die Bremse zu steigen. Eine Forderung, die von einer Studie des **Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung** (ZEW) unterstützt wird: Die Förderung europäischer BäuerInnen aus dem Haushalt der Europäischen Union sollte nach dem Jahr 2020 zurückgefahren werden. Dass mit mehr als 400 Milliarden Euro ein Drittel der Fördermittel des Brüs-

seler Haushalts im aktuellen Finanzrahmen in die Landwirtschaft gehe, sei nicht mehr zeitgemäß. „Die EU-Landwirtschaftspolitik wirkt anachronistisch. Ihre starke Bedeutung im EU-Haushalt ist heute nicht mehr zu rechtfertigen“, erklärt Studienleiter Friedrich Heinemann.

Reformdruck

Das Förderwesen in der Landwirtschaft macht Großgrundbesitzer größer und lässt die kleinen Betriebe sterben. Das ZEW belegt für Europa, dass 80 Prozent der einkommensschwächsten Höfe nur 25 Prozent der Fördermittel erhalten. Die obersten zehn Prozent werden dagegen mit 55 Prozent Subventionen gefördert. Die Beihilfen aus Brüssel seien zu ungenau, um einkommensschwache LandwirtInnen abzusichern. Auch sehr reiche Höfe werden unterstützt, obwohl deren Einkommensniveaus bereits deutlich über der Fördergrenze liegen.

Die Studie empfiehlt, die Kosten der Agrarförderung im EU-Haushalt durch eine stärkere nationale Eigenbeteiligung zu senken. Damit würde die Agrarpolitik unter stärkeren Reformdruck geraten.

Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft: gruenerbericht.at/cm4

Studie:

tinyurl.com/ybwohym5

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin irene_mayer@hotmail.com

oder die Redaktion aw@oegb.at



Im Namen der KleinbäuerInnen

Oder: Wie Agrarförderungen meist begründet und wie sie tatsächlich verteilt werden.

Maria Burgstaller

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Dass die höchsten Agrarsubventionen an die Großen gehen, ist bekannt. Agrarbetriebe und Arbeitsplätze werden weniger und neue Umweltprobleme, Stichwort Glyphosat, sind virulent. Trotzdem werden „KleinbäuerInnen“ oder „BergbäuerInnen“ gerne herbeigezogen, um die Notwendigkeit hoher Agrarbudgets zu begründen. Bilder von in traditioneller Handarbeit bewirtschafteten Almlandschaften unterstützen diese Botschaft.

Ungerechte Verteilung

Zusätzlich wird ein Szenario gezeichnet, wonach eine Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln nicht ohne ein hohes Agrarbudget und eine geförderte Land-

wirtschaft sichergestellt wäre. Wer aber bekommt unser Steuergeld wirklich?

Die ungerechte Verteilung der Agrarsubventionen ist seit Jahrzehnten ein großes Thema. Trotz vieler Reformvorhaben hat sich daran nur wenig geändert. Im Juni 2017 gab die Europäische Kommission ein Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen heraus – die neue Periode der **Gemeinsamen Agrarpolitik** beginnt ab dem Jahr 2021. Darin ist nachzulesen, dass das ungleiche Verhältnis zwischen den FörderempfängerInnen in der Europäischen Union unverändert bei 80:20 liegt, sprich 80 Prozent der Agrarsubventionen gehen an nur 20 Prozent der Betriebe – und zwar an die Großen. Die Kommission erklärt dies in ihrem Papier damit, dass Direktzahlungen häufig immer noch „auf alten Ansprüchen beruhen“ und sich „auf Großbetriebe und Landbesitzer in rei-

chen Mitgliedstaaten“ konzentrieren. Die EU-Kommission ergänzt diese Feststellung um den Hinweis, dass es enorme Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt: „So bewirtschaften zum Beispiel 92 Prozent der Landwirte in Rumänien und 97 Prozent in Malta kleine Betriebe, in Deutschland sind es weniger als 9 Prozent.“

20 Prozent an 2,8 Prozent

In Österreich ist das Verhältnis nicht ganz so krass wie im EU-Querschnitt, da es noch eine größere Anzahl von kleinen und mittleren Betrieben gibt. Eine Aufschlüsselung über den Anteil an Agrarförderungen, der jeweils an die erwähnten 20 bzw. 80 Prozent der FörderwerberInnen geht, existiert nicht. Dennoch kann man sich ein Bild machen, und dieses bestätigt auch für Österreich ein Ungleichgewicht. Von

den insgesamt 1,587 Milliarden an EU-Subventionen inklusive nationaler Kofinanzierungsmittel flossen ganze 20 Prozent an gerade einmal 2,8 Prozent der FörderempfängerInnen.

Eine weitere Zahl bestätigt dieses Ungleichgewicht: Auf 87 Prozent der FörderwerberInnen wurde etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) dieser öffentlichen Gelder verteilt. Eine andere Quelle, die Auskunft über die Höhe der Agrarförderungen gibt, ist die Transparenzdatenbank. Darin kann man Einsicht nehmen, welche Betriebe entsprechende Summen abholen. Das Bemerkenswerte: Im obersten Spitzenfeld liegen Unternehmen, die zwar im Agrarsektor tätig sind oder mit diesem im Zusammenhang stehen, aber ohne selber eine Landwirtschaft zu betreiben.

Doch auch landwirtschaftliche Großbetriebe erhalten in Österreich mehrere Hunderttausend bis sogar mehr als eine Million Euro an Agrarförderungen – und das obwohl eigentlich eine Obergrenze von 150.000 Euro pro Betrieb sicherstellen sollte, dass sich die Zuwendungen an öffentlichen Geldern für Einzelbetriebe in Grenzen halten. Im Detail betrachtet ist diese Begrenzung jedoch zahnlos, denn sofern ein Betrieb an die 150.000-Euro-Grenze stößt, werden alle Arbeitskosten berücksichtigt und in die tatsächliche Förderhöhe einberechnet. Der Förderbetrag wird dann entsprechend erhöht, was bedeutet: Die SteuerzahlerInnen zahlen die Lohnkosten für diese Großbetriebe indirekt aus dem Budget. Dazu kommt, dass diese Grenze nur für die „Basisprämie“ gilt und andere Agrarförderungen davon nicht betroffen sind. So wird verständlich, dass Einzelbetriebe weiterhin Millionenbeträge erhalten können. Eine echte Begrenzung und Kürzung würde EU-weit alle Großen treffen, was bisher politisch nicht durchsetzbar war.

Je mehr Fläche, desto mehr Geld

Der Großteil der Agrarförderungen wird noch immer nach Größe der bewirtschafteten Flächen verteilt. Daher gilt generell: Je mehr Fläche, desto größer der Subventionsbetrag. Solange diese Regel gilt, wird sich an der schiefen Verteilung dieser öffentlichen Gelder wenig verbessern. Im

Gegenteil, da Agrarbetriebe „wachsen“, werden hohe Förderungen an Einzelbetriebe zunehmen. Noch eine weitere Zahl: Die Zahlungen an die oberste Gruppe der Unternehmen aus den EU- und national finanzierten Fördermaßnahmen (1. und 2. Säule) betragen im Durchschnitt jeweils fast 100.000 Euro. Die untere Gruppe hingegen, zu der immerhin fast ein Drittel der Förderwerber (31,9 Prozent) gehört, erhält im Durchschnitt lediglich 2.317 Euro.

Eine gute Datenquelle, um die Situation der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe zu analysieren, sind die Einkommensdaten aus dem jährlich publizierten Bericht über die Situation der Österreichischen Landwirtschaft, auch als Grüner Bericht bekannt. Darin ist die Gruppe der „kleineren Betriebe“ neben den mittleren und größeren Betrieben dargestellt. Die „ganz Kleinen“ fehlen im Übrigen, denn die Gruppe der „kleineren Betriebe“ beginnt bei einem Standardoutput von 15.000 Euro.

Der Vergleich zeigt deutlich: Im Jahr 2016 erhielten diese „Kleineren“ deutlich geringere Agrarförderungen als die anderen beiden Gruppen. Im Vergleich mit den größeren Betrieben beträgt die Differenz bei den Agrarförderungen 53 Prozent. Die Kleinen erzielen auch ungleich niedrigere Einkünfte aus der Landwirtschaft als die zwei anderen Gruppen. Erstaunlich ist jedoch, dass ihr gesamtes Erwerbseinkommen inklusive unselbstständiger Tätigkeiten mit großem Abstand unter dem der „Größeren“ liegt. Denn die größeren Betriebe haben aufgrund ihrer bedeutenden Einkünfte aus der Landwirtschaft in Summe ein doppelt so hohes Erwerbseinkommen wie die „Kleineren“. Ein Vergleich mit den ganz Großen ist aufgrund fehlender Daten nicht möglich.

Finanziert werden diese Agrarförderungen – ob für klein oder groß – zu einem beträchtlichen Teil aus dem EU-Haushalt. Für die Finanzperiode 2014 bis 2020 wurden dafür 420 Milliarden Euro veranschlagt, das sind immerhin 39 Prozent der Gesamtausgaben der EU. Im Jahr 2016 lagen die EU-Agrarausgaben bei 55 Milliarden Euro. Für Großbetriebe sind besonders die flächenbezogenen Direktzahlungen (1. Säule) maßgeblich, die mit 39,9 Milliarden Euro dotiert

sind. Den Agrarmarktausgaben werden 3,2 Milliarden Euro zugeteilt. Die restlichen 11,9 Milliarden Euro gehen an das Programm für den Ländlichen Raum (LE 1420), mit dem ebenfalls flächenbezogene Maßnahmen finanziert werden können. Die Mitgliedstaaten hätten damit jedoch einen großen Gestaltungsspielraum, mehr Aktivitäten im gesamten ländlichen Raum zu fördern – sozusagen über den Tellerrand der engeren Agrarpolitik hinaus. Daher gilt hier im Besonderen: Es ist nicht immer „die EU“ schuld, wenn etwas schiefläuft.

Kein echter Reformwille

Trotz umfassender Kritik an der Verteilung und Verwendung der Agrarfördermittel, die insbesondere von Kontrollinstanzen wie dem Rechnungshof und aus der Wissenschaft kommt, entsteht kein echter Reformwille. Bewegung im Fördersystem könnte daher am ehesten eine „Anpassung“ des EU-Agrarbudgets bringen. Ein Argument für ein reduziertes Agrarbudget wäre die sinkende Zahl der Arbeitsplätze und Betriebe im Agrarsektor. Denn den hohen Agrarförderungen zum Trotz gehen die Beschäftigten in der Landwirtschaft deutlich zurück.

In Österreich ist seit dem EU-Beitritt des Landes ein Rückgang um 36 Prozent (von 209.256 auf 134.452 Arbeitskräfte in Vollzeitäquivalent gerechnet) zu verzeichnen. In manchen neuen EU-Mitgliedstaaten sind bekanntlich ganze Landstriche verwaist. Aber solange die EU-Agrarförderungen fast ausschließlich auf die Flächen aufgeteilt werden, ist nur wenigen geholfen. Denn Flächen brauchen keine Förderungen, um zu bleiben. Menschen und Arbeitsplätze manchmal schon.

Reflexionspapier der EU-Kommission:
tinyurl.com/y894k6pv

Transparenzdatenbank EU:
www.transparenzdatenbank.at

Grüner Bericht:
gruenerbericht.at/cm4

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
maria.burgstaller@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Tricks bei der Wasserqualität

Österreichweit hat das Trinkwasser Spitzenqualität. In landwirtschaftlich intensiv genutzten Problemregionen hilft das den KonsumentInnen kaum.

Gabriele Müller
Freie Journalistin

Eine tolle Sache, hier zu wohnen“, sagt die Neo-Marchfelderin Sonja, die vor drei Jahren von Wien nach Leopoldsdorf gezogen ist. Doch so toll die Gegend sein mag, über eins waren sie und ihre Familie geradezu entsetzt: die schlechte Wasserqualität. Zwar hat jeder Haushalt seinen Brunnen. Nur: Das Wasser ist nicht trinkbar.

Kochen mit Mineralwasser

Bei der Gemeinde war das Versprechen zu unterschreiben, ausschließlich mit Mineralwasser zu kochen. Vom Anschluss an das Ortsnetz in den kommenden Jahren erhofft sich Sonja nicht allzu viel: Das chemisch aufbereitete Wasser schmecke „grauslich“, weiß sie aus den Nachbargemeinden. „Aber

es sind zumindest keine Bakterien drin. Außer, wenn es hin und wieder ‚kippt‘, wie manchmal aus Gänserndorf zu hören ist. Dann müssen die Bewohner halt auf die Behebung warten.“

Im Allgemeinen hat Österreich mit seinem Trinkwasser großes Glück: Das reichhaltige Angebot an Wasser ermöglicht zu fast 100 Prozent die Versorgung aus Grundwasser. Zum Vergleich: England bezieht 72 Prozent aus aufbereitungsintensivem Oberflächenwasser. Über 90 Prozent der heimischen Haushalte sind an ein öffentliches Netz angeschlossen. Der Versorger hat sein Wasser in einer der Trinkwasserverordnung (TWV) entsprechenden Qualität abzugeben, wobei der **Nitratwert** als wichtigster Parameter gilt. Hier liegt der erlaubte Maximalwert bei 50 mg/l, bei Pestiziden sind höchstens 0,1 µg/l zulässig. „Wer auf Hausbrunnen angewiesen ist, hat in manchen intensiv-

landwirtschaftlichen Regionen leider Pech mit der Trinkwasserqualität“, sagt Iris Strutzmann. „Wobei: Vorschriften für restriktivere Maßnahmen zur Senkung des Nitrateingangs gäbe es genug“, so die Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der AK-Abteilung Umwelt und Verkehr.

Verschlechterung

Das Ziel der **EU-Wasserrahmenrichtlinie**, nämlich chemisch gutes Grundwasser, sollte durch die im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan 2009 angeführten Maßnahmen bis 2027 erreicht werden. Insbesondere das Aktionsprogramm Nitrat und die freiwillige Teilnahme am Agrarumweltprogramm **ÖPUL** sollten Besserung bringen. Die Fördermittel für grundwasserrelevante ÖPUL-Maßnahmen im Marchfeld betragen zwischen 2009 und 2013 rund 6,78 Millionen Euro. Doch

zeigte die Ist-Bestandsanalyse 2013 eine Verschlechterung der Lage und einen steigenden Trend bei der Nitratbelastung. Bund und Länder schieben einander die Verantwortung zu, wie aus dem Rechnungshofbericht 2015 über die „Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser im Weinviertel“ nachzulesen ist. „Die vorhandenen gesetzlichen Instrumente wurden – unter Verweis auf Regelungsmöglichkeiten durch den jeweils anderen (Bund bzw. Land) – bisher nicht ausgeschöpft bzw. nicht genutzt“, so der Bericht. Im Sinne der Verbesserung der Grundwasserqualität sei es zweckmäßig, „dass die befassten Behörden ihre Verantwortung umfassend wahrnehmen und nicht auf die Handlungsmöglichkeit der jeweils anderen hinweisen“.

Problem seit Jahrzehnten bekannt

Trotz strenger rechtlicher Vorgaben treten in Gebieten, die intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, wie im Osten und Südosten Österreichs sowie im oberösterreichischen Zentralraum, noch immer überhöhte Nitrat- und Pestizidwerte auf. Dieses Problem wäre mit gutem Willen seitens der Politik und der Agrarwirtschaft lösbar. Doch werde seit Jahren „einfach zu wenig getan“, bemängelt Strutzmann. Gerade mit dem (bundesweit geltenden) Aktionsplan Nitrat könne ein neuer Ansatz zum verantwortungsbewussten Umgang mit schädlichen Düngemitteln seitens der Landwirtschaft verfolgt werden. „In Problemgebieten braucht es strengere Überwachung. Die Bauern dürfen nicht so viel Dünger ausbringen. Denn ist das Nitrat einmal im Boden, kommt es sehr schwer wieder heraus“, weiß die AK-Expertin.

Der Anstieg der Belastung sei „umso mehr zu beanstanden“, kritisierte der Rechnungshof, „als das Problem seit mehr als 50 Jahren bekannt war“. Immerhin hatte es seinerzeit sogar zur Gründung einer eigenen Gesellschaft – EVN Wasser GmbH – geführt, um die Qualität des Trinkwassers zu garantieren. Die Förderungen hätten zu wenig quantitative Ziele, kritisiert Agrarwissenschaftlerin Strutzmann. „Somit wird Geld ausgeschüttet, ohne den messbaren Effekt zu kennen. Man könnte in einer gemeinsamen Agrarpolitik viel radikaler ausschließlich das fördern, was Umwelt und Grundwasser

nicht beeinträchtigt.“ Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gibt das Erreichen bzw. Bewahren eines guten chemischen Zustandes des Grund- bzw. Trinkwassers vor. „Bei der Umsetzung der WRRL in Österreich wurde – im gesetzlichen Rahmen – einfach ein wenig getrickst“, sagt Iris Strutzmann. So wurde für die Planung eine neue Unterteilung der Grundwasserkörper vorgenommen. „Die gewählte Einteilung erschwerte die Fokussierung auf wesentliche Problembereiche“, stellt auch der Rechnungshofbericht 2015 fest, „und führte zu einer Nivellierung von Belastungen bei unterschiedlich stark verunreinigten Wasserkörpern.“ So war etwa das Grundwassergebiet Zayatal in Niederösterreich bei Nitratwerten bis zu 120 mg/l bis 2006 als voraussichtliches Gebiet zur Anwendung von Schutzmaßnahmen ausgewiesen. Durch die Einbindung in die Gruppe der Grundwasserkörper „Weinviertel MAR“ löste sich das Problem ohne weiteres Zutun großräumig auf.

Dabei ist es alles andere als geringer geworden: Der „Nitratbericht 2016“ weist vier Grundwasserkörper (mit einer Gesamtfläche von 1.570 km²) aus, die in keinem guten chemischen Zustand sind. Bei mindestens 50 Prozent der Messstellen wird der Schwellenwert von 45 mg/l überschritten, nämlich: Marchfeld, Parnsdorfer Platte, Ikvatal und Südliches Wiener Becken – Ostrand.

Im Sommer meldete der Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (WLVB NB) zu hohe Belastung durch Nitrat im Grundwasser. Eine gesetzliche Regelung für den Einsatz von Düngemitteln sei unbedingt notwendig, forderte Helmut Herlicska, Technischer Betriebsleiter des WLVB. Rund 20 Prozent des Grundwassers seien stark belastet. Nur aufwendige Maßnahmen könnten die gute Qualität des Trinkwassers garantieren. Immer wieder beklagen die Wasserversorger Verstöße gegen das seitens der EU geforderte Verschlechterungsverbot und Verursacherprinzip durch die Landwirtschaft. Der WLVB NB reichte Beschwerde bei der Europäischen Kommission ein. „Irgendwann“, prophezeit Strutzmann, „werden dann die durch notwendige Aufbereitung des Wassers erhöhten Kosten an die Konsumenten abgegeben. Das heißt: Wir alle zahlen.“

Mit Problemen hat auch Oberösterreich zu kämpfen. Hier werden über 20 Prozent der Haushalte durch Hausbrunnen versorgt. Seit vielen Jahren führt daher die AK OÖ Brunnenwassertests in den Problemgebieten Eferdinger Becken, Machland bzw. Traun-Enns-Platte durch. 2016 wurden 278 Proben ausgewertet, 26 davon wiesen Nitratwerte über dem Schwellenwert von 45 mg/l auf, der Spitzenwert lag bei 171 mg/l.

Es geht auch anders

Jahrelang war das Gebiet südlich von Graz als Grundwasserschongebiet verzeichnet. Denn seit den 1990er-Jahren hatte es viel zu hohe Nitratwerte im Grundwasser aufgewiesen. Schließlich beauftragte das Land Steiermark das Forschungsinstitut Joanneum Research mit der Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen. Seit 1. Jänner 2016 ist das „Regionalprogramm zum Schutz der Grundwasserkörper Grazer Feld, Leibnitzer Feld und Unteres Murtal“ gesetzlich bindend. Die Bauern und Bäuerinnen müssen Anbau, Düngung, Pestizideinsatz etc. genauestens aufzeichnen. So kann überprüft werden, welche Schutzmaßnahmen wirken und wo die Verursacher sind. Die Düngung im Herbst wurde verboten, da sie laut Studie wenig bringt und sehr belastet. „Diese Möglichkeit hätten alle anderen Bundesländer, die Probleme mit dem Grundwasser haben, auch“, sagt Iris Strutzmann. Handlungsbedarf ist nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels dringend geboten. So ist bei Abnahme von Niederschlägen im Winter in einigen Regionen Österreichs eine Zunahme der Nitrat- und Pestizidbelastung des Grundwassers zu befürchten.

AW-Blog:

blog.arbeit-wirtschaft.at/?s=Strutzmann

Wirtschaft und Umwelt –

Zeitschrift für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit:

www.ak-umwelt.at

Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES):

www.ages.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

gabriele.mueller@utanet.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Werner Muhm begann nach dem Studienabschluss in der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer, wo er Mitglied des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen war. Ab 1976 war der Betriebswirt im volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB tätig. 1990 kehrte er in die Arbeiterkammer zurück, ab 2000 war er Direktor der Arbeiterkammer Wien. Offiziell ist Muhm seit Juni 2016 in Pension, aber nach wie vor regelmäßig für die AK tätig.



Die Transparenzdatenbank ist ein Waterloo

*Werner Muhm, Steuerexperte und bis 2016 Direktor der AK Wien,
über den Strukturwandel in der Landwirtschaft, hypertrophe Förderungen,
fleißige Bauern und moderne AgrarunternehmerInnen.*

Interview: Astrid Fadler | Fotos: Michael Mazohl

Arbeit&Wirtschaft: Welchen Bezug hat die Arbeiterkammer eigentlich zum Thema Landwirtschaft beziehungsweise zu den Bauern?

Historisch betrachtet ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil der Sozialpartnerschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Sozialpartnerschaft entstanden ist, war die Landwirtschaft ein bedeutender Sektor mit vielen Beschäftigten. In der damaligen Situation, als es darum ging, die gesamte Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, spielte die Landwirtschaft natürlich eine wichtige Rolle. Später ist der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten deutlich zurückgegangen, genauso wie der Anteil des primären Sektors am Brutto-sozialprodukt.

Heute kann man die Landwirtschaft praktisch als die Interessenvertretung des ländlichen Raumes bezeichnen. Und so betrachtet handelt es sich nach wie vor um einen räumlich und bevölkerungsmäßig großen Bereich. Denn schließlich kommen viele Bürgermeister in kleinen ländlichen Gemeinden vom Bauernbund und im neu gewählten Nationalrat stellt allein die ÖVP 16 Abgeordnete des Bauernbundes.

Dann kommt dazu auch noch der Einflussbereich des Raiffeisen-Konzerns – dazu gehören ja nicht nur die Lagerhäuser, sondern auch die Zuckerindustrie oder Molkereien. Hier gab es lange Zeit eine enge Vernetzung der Sozialpartner in Form von Agrarfonds, Marktordnungsgesetzen, Preisregelungen usw. Eine bedeutende Zäsur war dann der EU-Beitritt. Last but not least sind AK und ÖGB nach wie vor daran interessiert, dass die

Verarbeitungsbetriebe gut funktionieren. Und abseits der Sozialpartnerschaft ist es außerdem durchaus sinnvoll, wenn es eine Organisation wie die AK gibt, die beim wichtigen Thema Agrarpolitik und Landwirtschaft mitreden kann. Denn in der Landwirtschaft gibt es eine Art Herrschaftswissen darüber, wie alles läuft. Allein das Thema Förderungen ist höchst komplex und für Außenstehende kaum zu durchschauen.

Und wer sich etwas mit dem Thema Landwirtschaft beschäftigt, bemerkt bald eine gewisse Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wahrnehmung von den fleißigen, aber armen Bauern und der Realität ...

Das Bild der Bäuerinnen und Bauern, die für wenig Geld tagaus, tagein schufteten und die Landschaft pflegen, stimmt so nicht wirklich. Aber es wird von den Lobbyisten der Landwirtschaft seit vielen Jahren erfolgreich transportiert und gepflegt. Da gibt es eine starke Interessenvertretung und diese ist auch international gut vernetzt, ganz zu schweigen von der Bedeutung des Raiffeisen-Konzerns mit wichtigen Industriebetrieben, Banken etc. Hier dagegen zu halten, da holt man sich – bildlich gesprochen – manchmal schon blutige Köpfe.

In puncto Interessenvertretung sind die Bauern also gut aufgestellt. Über Jahre und Jahrzehnte wurde ein Bild geprägt, das nicht mehr der Realität entspricht. In Österreich gibt es derzeit rund 160.000 landwirtschaftliche Betriebe, davon nur ca. 60.000 im Vollerwerb. Berechnet man hier das Durchschnittseinkommen, mit

dem in der Regel argumentiert wird, dann ist es natürlich nicht erstaunlich, dass hier ein eher niedriger Betrag herauskommt, wenn die meisten Nebenerwerbsbauern sind. Die Vollerwerbsbetriebe verdienen eigentlich sehr gut.

Es lohnt sich also noch, in Österreich einen Bauernhof zu führen?

Als Vollerwerbsbauer auf jeden Fall. Ich muss vorausschicken, dass es in Österreich eine grundsätzliche Auseinandersetzung im Agrarsektor gibt: Die einen sind hauptsächlich fokussiert auf die Bergbauern und kleine Betriebe, die gefördert werden müssen. Ich war allerdings immer der Ansicht, dass umso mehr Subventionen gebraucht werden, je kleiner die Betriebsstrukturen sind.

In gewissen Regionen ist das sicher sinnvoll, aber prinzipiell sollten auch in Österreich die Betriebe eher wachsen, damit jeder, der einen landwirtschaftlichen Betrieb führen möchte, auch davon leben kann. Die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes in Österreich ist in den vergangenen Jahren bereits gestiegen, aber es ist durchaus sinnvoll, wenn dieser Trend weiter anhält. So können wir langfristig überlebensfähige Strukturen schaffen. Im internationalen Vergleich sind die großen landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich ohnehin noch eher klein.

Auch im europäischen Vergleich oder global betrachtet?

Es stimmt, die durchschnittliche Betriebsgröße ohne Wald beträgt in den EU-Staa-

„Die größeren Vollerwerbsbetriebe haben in Österreich schon ein gutes Auskommen, daher sollten sie auch entsprechend Steuer zahlen.“



Die meisten Gelder kommen aber aus der EU, wo Österreichs Einfluss eher bescheiden ist.

40 Prozent des EU-Haushaltes gehen derzeit in die Landwirtschaft. Mit dem Brexit werden Einnahmen wegfallen, denn Großbritannien war ein starker Nettozahler. Da wird es eine ganz schwierige Diskussion geben: Wie können diese Verluste ausgeglichen werden, können sie überhaupt ausgeglichen werden? Welche Reformschritte sind nötig?

Die EU-Agrarpolitik ist ja schon einige Male an ihre Grenzen gestoßen. Nach dem Wegfall der Milchquoten kam deutlich mehr Milch auf den Markt, es folgte ein Preisverfall von Milchprodukten. Als Reaktion darauf wurden Sonderstützungen ausbezahlt. Oder nehmen Sie nur die aktuelle Migrationsdebatte: Auch hier muss die EU mehr nachdenken, welche weitreichenden Konsequenzen ihre Agrarpolitik haben kann. Denn die kleinbetrieblichen Strukturen in vielen schwarzafrikanischen Ländern wurden zerstört durch den Import von billigen, durch die EU geförderten Waren. Und die Menschen dort haben kaum mehr Perspektiven.

Positiv in Bezug auf die EU ist, dass unsere Agrarwirtschaft den Trend zu Nachhaltigkeit und biologischer Landwirtschaft gut bewältigt hat. Heute ist schon fast jeder fünfte Hektar im Bioanbau. Hier wurden Marktchancen gut genutzt. Auch die österreichischen Exportzahlen sind durchaus positiv.

Von Bauernseite kommen immer wieder Klagen über bürokratische Hürden bei Förderungen etc.

Der Agrarsektor ist der am höchsten subventionierte Bereich und ich glaube, es ist unbestritten, dass Bürokratie und Verwaltung hier eine große Rolle spielen. Das geht von den Bezirksbauernkammern über den Agrarlandesrat, die AMA und das Ministerium – wobei die Landwirtschaft eigentlich Ländersache ist – bis zur EU. Die Bauern sind extrem verwaltet.

Gibt es in der EU eigentlich potenzielle Partner, die ähnliche Interessen wie Österreich verfolgen?

ten 16 Hektar und in Österreich 18 Hektar. Nur wird der EU-Schnitt auch von kleinteiligen Strukturen wie in Polen oder Rumänien beeinflusst.

Also wir haben hierzulande nach wie vor eine Kleinstruktur und sind von der industriellen Landwirtschaft noch weit entfernt. Man sollte daher etwa jungen, gut ausgebildeten Bauern, die einen kleinen elterlichen Betrieb übernehmen wollen, die Möglichkeit zum Vergrößern auch in Form von Pacht geben.

Die ÖVP hat viel zu lange Sozialpolitik statt Strukturpolitik betrieben, die Entwicklung vom Bauern zum Agrarunternehmer wurde so eher behindert. Wir haben ja heute die am besten ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern sowie Betriebsleiter, die agrarischen Schulen sind ausgezeichnet mit einer günstigen Schüler-Lehrer-Quote.

Umso unverständlicher ist es, dass wir heute noch Pauschalierungen bei der Gewinnermittlung eines bäuerlichen Betriebes brauchen, wenn die Landwirte ohnehin doppelte Buchhaltung und entsprechende Computerprogramme beherrschen. Vor allem für größere Betriebe ist das Prinzip der Pauschalierung nicht mehr gerechtfertigt.

Zusätzlich ist die Landwirtschaft ja ohnehin ein hoch subventionierter Sektor.

Wir haben hier 1,2 Milliarden EU-Förderungen, außerdem Landes- und Bundesförderungen, insgesamt 1,926 Milliarden. Außerdem: Von jedem Euro für Bauernpensionen kommen 80 Prozent aus dem Budget. Denn derzeit besteht ein grobes Missverhältnis zwischen Zahlenden und Pensionisten. Alles in allem sind das gewaltige Ausgaben für eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe.

Zudem gab es in den vergangenen Jahren Subventionen von mehreren Hundert Millionen für Biomasse. Was die Förderungen betrifft, so ist meine These, dass noch etwas mehr Strukturpolitik in die Agrarpolitik hineinkommen muss, wir müssen weg von der Flächenförderung. Auch im Hinblick auf Wetterkapriolen oder mit dem Klimawandel einhergehende Probleme wäre es durchaus sinnvoll, auf eine Art Versicherungssystem umzustellen, das Risiken wie Ernteausfälle abdeckt und weniger Flächenprämien nach dem Gießkannenprinzip. Förderungen sollte es nur in besonderen Fällen geben, in besonders benachteiligten Regionen oder für kleine Bergbauernhöfe.

Das ist ein schwieriges Feld. Franz Fischler hat sich ja sehr für die biologische Landwirtschaft engagiert. Doch die ist in manchen Ländern nicht sehr beliebt. Eine wichtige Strategie ist die Entwicklung des ländlichen Raumes, von diesen Geldern ging ja lange Zeit in Österreich sehr viel in die Landwirtschaft. Die AK war aber immer der Ansicht, dass diese Mittel für den Ausbau von Infrastruktur, den Tourismus oder für Gewerbebetriebe verwendet werden sollten, um die ländliche Entwicklung voranzutreiben und auch Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Hier gibt es auch bereits Erfolge, etwa in Oberösterreich, wo viele Mittelbetriebe angesiedelt sind.

Das Landwirtschaftsministerium veröffentlicht jedes Jahr den Grünen Bericht. Wie ist Ihre Stellungnahme zum aktuellen Bericht, der Anfang Herbst veröffentlicht wurde?

Die Einkommen in der Landwirtschaft sind 2016 um mehr als 13 Prozent gestiegen, aber da muss man fairerweise auch dazusagen, dass es die drei Jahre davor Rückgänge gab. In der Landwirtschaft, die so sehr vom Wetter abhängig ist, muss man immer den Durchschnitt von mehreren Jahren berechnen. Die größeren Vollerwerbsbetriebe haben in Österreich schon ein gutes Auskommen, daher sollten sie auch entsprechend Steuer zahlen.

Und die Transparenzdatenbank, wird sie irgendwann ihren Zweck erfüllen?

An sich könnte man auch aus dem recht umfangreichen Grünen Bericht einiges herauslesen. Doch manches bleibt nach wie vor wenig transparent. Interessant ist zum Beispiel, dass bei der Diskussion über die Pflichtmitgliedschaft bisher die Landwirtschaftskammern nicht erwähnt wurden, obwohl dorthin auch einiges Geld aus dem Budget fließt. Manche sprechen davon, dass bis zu 40 Prozent des Budgets der neun Landwirtschaftskammern und der Landwirtschaftskammer Österreich aus öffentlichen Geldern stammen!

Sonst kann ich dem Rechnungshof nur Recht geben, die Transparenzdatenbank hat soviel ich weiß einen zweistelligen Millionenbetrag gekostet und ist ein wahres Waterloo. Dabei wäre es durchaus

„Interessant ist zum Beispiel, dass bei der Diskussion über die Pflichtmitgliedschaft bisher die Landwirtschaftskammern nicht erwähnt wurden, obwohl dorthin auch einiges Geld aus dem Budget fließt.“

wichtig, dass man weiß, wofür Gelder aufgewendet werden, wo es Doppelförderungen und Ähnliches gibt.

Wenn Sie für die Zukunft ein Bild der idealen Landwirtschaft entwerfen könnten, wie sähe das aus?

Bei aller Kritik, dass Veränderungen nur langsam möglich sind, muss man doch konstatieren, dass der heimische Agrarsektor im Großen und Ganzen gut aufgestellt ist. Anlässlich des EU-Beitritts gab es ja doch massive Befürchtungen, dass unsere landwirtschaftlichen Produkte, aber etwa auch die Weinbauern von der internationalen Konkurrenz überrollt würden. Tatsächlich sieht man sogar, dass es durch die gestiegenen Betriebsgrößen heute wieder mehr unselbstständig Beschäftigte in der Landwirtschaft gibt. Derzeit sind es mehr als 72.000, Tendenz steigend. Ich glaube daher, man muss weiterhin auf Spezialisierung, Nachhaltigkeit und hohe Qualität setzen.

Um die Landwirte vor existenzbedrohenden Problemen in Zusammenhang mit der Klimaveränderung zu schützen, wäre eine Regelung nach dem Prinzip der Hagelversicherung zu überlegen. Die

Finanzierung solcher Neuerungen dürfte natürlich nicht additiv erfolgen, sondern durch Umschichtung der vorhandenen Mittel. Und Förderungen sollten verstärkt dafür eingesetzt werden, um den Strukturwandel zu begleiten. Was in nächster Zeit auch ein großes Thema sein wird, ist die erneuerbare Energie und das Zurückfahren der hypertrophen Förderung von Biomasse.

Als Arbeiterkammer liegt uns sehr wohl an einer funktionierenden Landwirtschaft und daran, dass die nachgeordneten Betriebe florieren. Auch hier gibt es einige tolle Beispiele, wenn ich etwa daran denke, wie kleinstrukturiert früher die Mühlen in Österreich waren – jetzt gibt es hier einen beachtlichen Konzern. Die Zuckerindustrie ist mit der Agrana ebenfalls sehr gut unterwegs, auch die Weinwirtschaft. Und sogar die nach wie vor kleinstrukturierte Molkereiwirtschaft schlägt sich sehr gut auf dem internationalen Markt.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Veraltetes Steuersystem

Der Einheitswert wurde reformiert, doch ExpertInnen bezweifeln, dass der Agrarsektor nun einen realistischeren Steuerbeitrag leistet.

Sonja Fercher

*Chefin vom Dienst der Zeitschrift
„Arbeit&Wirtschaft“*

Wenn es um dieses Thema geht, geht es meist hoch her: Die einen sprechen von Steuerprivilegien der BäuerInnen, die anderen orten eine Neiddebatte, wittern Angriffe auf BäuerInnen oder gar Klassenkampf. Die Rede ist von der Pauschalierung, von der LandwirtInnen bei der Steuer profitieren – und die aus Sicht der Arbeiterkammer überholt ist.

Veraltete Basis

Pauschalierung bedeutet konkret, dass nicht die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben als Grundlage genommen werden, um zu berechnen, wie viel Steuern und Sozialabgaben landwirtschaftliche Betriebe leisten müssen. Grundlage ist vielmehr der sogenannte Einheitswert. Genau dieser ist Stein des Anstoßes, blieb er doch über Jahrzehnte hinweg gleich. Das bedeutet, dass die Steuerlast der LandwirtInnen über Jahrzehnte hinweg von einer veralteten Basis aus berechnet wurde. Konkret ist der Einheitswert für die Berechnung von Einkommens-, Grund-, Grunderwerbs- und Kirchensteuer und für die fälligen Sozialversicherungsbeiträge von Bedeutung, außerdem für Sozialleistungen und Beihilfen. Der Vorwurf: Die Berechnung der Steuerlast hängt nicht davon ab, wie viel der jeweilige Betrieb tatsächlich erwirtschaftet.

Die Arbeiterkammer hat errechnet, dass die Einkommen aus der Landwirtschaft zwischen 1989, als die damals neu-

en Einheitswerte in Kraft getreten sind, und 2010 um 108 Prozent gestiegen sind. Im Gegenzug wuchsen aber die Einnahmen aus der Einkommenssteuer im selben Zeitraum nur um 30 Prozent. Das Fazit der AK: Die Kluft zwischen Einkommen und Steuerleistung klafft weit auseinander. Geschätzter Einnahmefall laut Finanzministerium: 200 Millionen Euro im Jahr. Zudem wird vermutet, dass die LandwirtInnen und ihre Kinder von höheren Sozialleistungen profitieren könnten, auch wenn ihr Einkommen dem nicht entspricht.

Doch warum gibt es dieses System überhaupt, wenn sich der Staat dabei so viele Einnahmen entgehen lässt? Die beiden Juristen Georg Kofler und Gottfried Schellmann haben im Jahr 2011 gemeinsam mit der AK eine Studie über die Steuerpauschalierung in der Landwirtschaft erstellt. Darin legen sie die historischen Hintergründe dieses Systems dar. Ursprünglich sollte es vor allem der Entlastung von LandwirtInnen dienen.

Die beiden Juristen zitieren aus einem Artikel in der „Österreichischen Steuerzeitung“ aus dem Jahr 1959: „Die Umsatz- und Gewinnermittlung stieß bei [...] kleinen Landwirten seit jeher auf Schwierigkeiten, weil diese Steuerpflichtigen vielfach infolge der sonstigen Arbeitsbelastung der Führung von Aufzeichnungen nicht die nötige Aufmerksamkeit zuwendeten. Die in den Steuergesetzen vorgeschriebenen Aufzeichnungen wurden entweder nicht oder nicht vollständig geführt, so daß die Finanzbehörden in diesen Fällen gezwungen waren, den Umsatz und den Gewinn (...) zu schätzen.“ Damit ist auch der zweite Hintergrund für

das System angesprochen: die Entlastung der Finanzverwaltung, die sehr viele Betriebe hätte schätzen müssen. So etablierte sich das System der Pauschalierung.

Seither ist viel Zeit vergangen und in der Landwirtschaft hat ein enormer Wandel stattgefunden. Dazu kommen die spärlichen Anpassungen der Einheitswerte, die nicht nur bei der Arbeiterkammer für Kritik sorgten. So nannte der Rechnungshof das System in seinem Bericht aus dem Jahr 1990 gar „außerordentlich ungerecht“. Es stehe „nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, weil bei gleich hohem wirtschaftlichen Einkommen unterschiedliche Abgabenbelastungen entstehen können.“

Weitreichende Folgen

Diese Ungleichheit bzw. die fehlende Anpassung der Einheitswerte sollte weitreichende Folgen haben. Im Jahr 2007 hob der Verfassungsgerichtshof die bis dahin geltende Erbschafts- und Schenkungssteuer auf. Die Begründung: Die latente Unterbewertung von Grund und Boden, in der das Gericht eine Gleichheitswidrigkeit bei der Besteuerung von Grundvermögen sah.

Auch die beiden Juristen Kofler und Schellmann halten das System für verfassungswidrig. Ihre Argumentation: „Der Gedanke der Pauschalierung von Steuerbemessungsgrundlagen widerspricht im Grunde den ‚steuerlichen Gerechtigkeitspostulaten, insbesondere dem Prinzip der Besteuerung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit‘.“ Zwar könne ein gewisses Maß an Steuerungerechtigkeit akzep-

tiert werden, wie auch die Steuerreformkommission erläuterte – allerdings nur dann, wenn diese „in einem vertretbaren Verhältnis zu der dadurch bewirkten Verwaltungsparsnis steht“. Genau hier setzt die Kritik der beiden Juristen an.

So sei die Gruppe, die unter eine Pauschalierungsregel gefasst wird, zu groß, als dass die steuerlichen Verhältnisse der verschiedenen LandwirtInnen vergleichbar wären. Deshalb erfasse die Pauschalierung nur einen „Bruchteil der tatsächlichen Gewinne“. Ihr Fazit: „Die Wahl des Einheitswertes als Pauschalierungsmaßstab ist nicht geeignet, eine dem tatsächlichen Gewinn nahekommende Größe zu ermitteln.“ Denn er sei eine „fiktive Bezugsgröße“, die „jeden signifikanten Bezug zur Ertragsrealität der landwirtschaftlichen Betriebe verloren hat“.

Oberflächlich betrachtet wirkt das System also in der Tat unfair. Kofler und Schellmann räumen allerdings ein, dass die geringen Einkünfte vieler LandwirtInnen vermuten lassen, dass die Pauschalierung für sie tatsächlich legitim ist. Denn auch bei einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung würde bei ihnen keine substantiell höhere Steuerlast herauskommen. Allerdings sei die Bemessung auf Basis der Einheitswerte zu ungenau und würde bestimmte Betriebe „erheblich begünstigen“. Hier müsse eine Reform ansetzen, so die beiden Juristen.

Kleinere stärker belastet

Nicht zuletzt die Arbeiterkammer machte daher Druck, damit die Einheitswerte den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Im Jahr 2012 war es dann so weit: Im Parlament wurde die Reform des Einheitswertes beschlossen. Aufseiten der Landwirtschaft zeigte man sich zufrieden. Es sei eine „nachhaltige Modernisierung“ gelungen, erklärte Gerhard Wlodkowski, damaliger Präsident der Landwirtschaftskammer. Auch der damalige Bauernbund-Chef Jakob Auer zeigte sich zufrieden, er sprach von einer „praxisnahen Regelung, die mehr Gleichbehandlung bringt“. Man habe eine „Bürokratielawine für die Landwirtschaft verhindert“, sagte der damalige Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich.

Anders sehen dies die Grünen BäuerInnen. Ihren Analysen zufolge haben kleine und mittlere Betriebe negative fi-

Zuwächse 1989 bis 2010



nanzielle Auswirkungen zu befürchten. Ein Betrieb mit einem „alten“ Einheitswert von 5.000 Euro müsse bei einer Einheitswerterhöhung um 1.000 Euro 788 Euro an zusätzlichen Steuern und Abgaben zahlen. Bei einem Betrieb mit einem „alten“ Einheitswert von 15.000 Euro schlage sich dies hingegen nur mit 468 Euro zu Buche, bei einem Großbetrieb mit 130.000 Euro Einheitswert gar nur mit 19 Euro jährlich. Der kleinere Betrieb werde also bei derselben Einheitswerterhöhung fast 40-mal so stark belastet wie der Großbetrieb, so die Kritik.

Kaum Veränderung

In der AK ist man vorsichtig bis skeptisch. Noch würden entsprechende Daten fehlen, erklärt Landwirtschaftsexpertin Maria Burgstaller. Sie verweist aber auf die Aussage Hermann Peyerls von der Universität für Bodenkultur in den Salzburger Nachrichten, wonach die neuen Einheitswerte nur wenig bringen würden. So stiegen die Einheitswerte durch die Reform zwar im Schnitt um zehn Prozent. Zugleich wurde die Grenze gesenkt, bis zu der Betriebe auf die Pauschalierung zurückgreifen können:

Die Kluft zwischen Einkommen und Steuerleistung der LandwirtInnen klafft weit auseinander. Geschätzter Einnahmefehl laut Finanzministerium: 200 Millionen Euro im Jahr

Diese liegt nunmehr bei 75.000 statt bei 100.000 Euro. Das klinge fair, werde aber faktisch keine Auswirkung haben, erklärte Peyerl. Denn mehr als 95 Prozent der LandwirtInnen haben einen Einheitswert, der unter diesen 75.000 Euro liegt – für sie ändert sich durch die Reform also nichts. Zumindest nicht, was die Steuern betrifft. Auswirkungen ortet Peyerl allerdings bei den Sozialabgaben, denn diese würden durch die Anhebung der Einheitswerte sehr wohl steigen.

Fair sei dies nicht, wie er erläutert: „Die zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträge treffen kleine Bauern stärker als große Landwirte, die ja schon in der Höchstbemessung sind.“

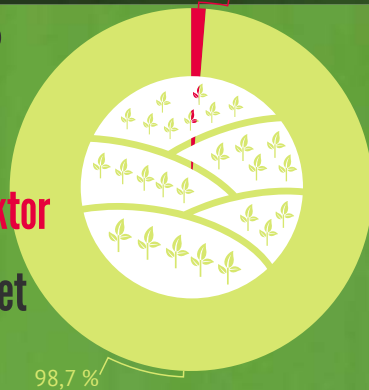
AK-Studie zur Pauschalierung in der Landwirtschaft:
tinyurl.com/y8xu38ac

AK-Studie „Agrareinkommen in Österreich und in der EU“:
tinyurl.com/y9efcaqh

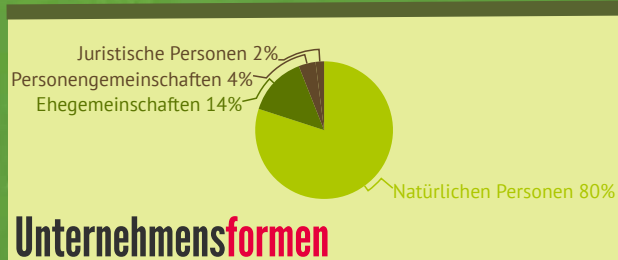
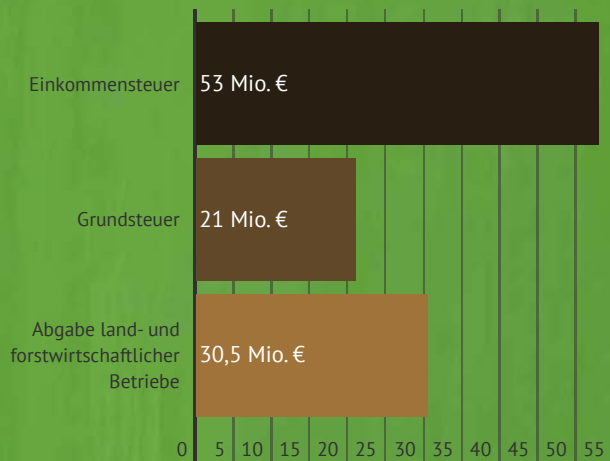
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

ZAHLEN *Daten* FAKTEN

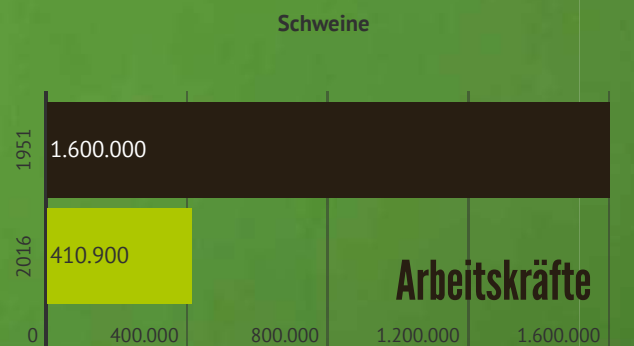
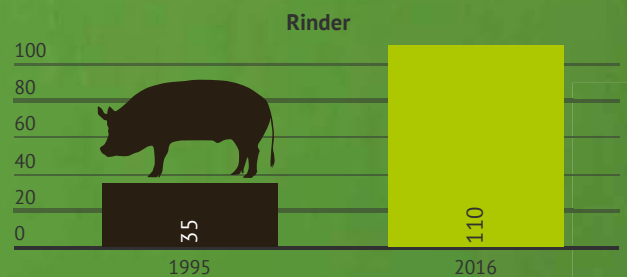
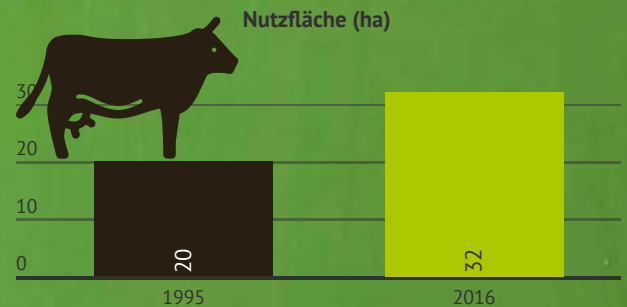
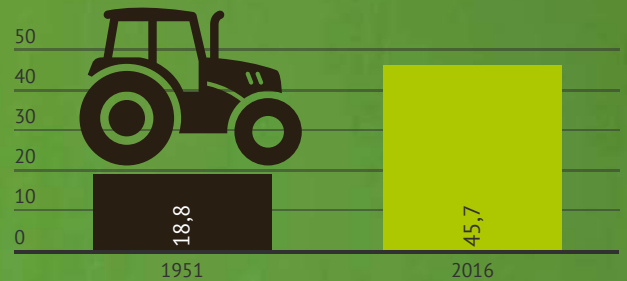
1,3 % des BIP
werden vom
primären Sektor
erwirtschaftet



Abgabenleistung



Trend zu größeren Strukturen



In den vergangenen Jahrzehnten ist die Bedeutung der Landwirtschaft als Wirtschaftssektor stark gesunken. Dies spiegelt sich etwa in der Wirtschaftsleistung des Agrarsektors wider: Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BIP ging von 16 Prozent Mitte der 1960er-Jahre auf 1,3 Prozent im Jahr 2016 zurück. 90 Prozent der Betriebe sind Einzelunternehmen, die von Familien geführt werden, mehr als die Hälfte davon im Nebenerwerb.

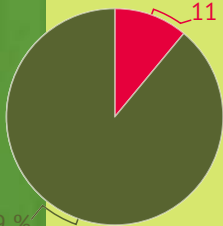
Landwirtschaft

Inzwischen wird mehr als die Hälfte der Landwirtschaft in Österreich im Nebenerwerb betrieben. Viele LandwirtInnen kombinieren dies mit Tätigkeiten, die eng mit der Landwirtschaft verwoben sind. Eine produktive Kombination ist es beispielsweise, wenn sie Urlaub am Bauernhof anbieten, wie dies fast 10.000 Betriebe tun. Elf Prozent der touristischen Betten in Österreich werden von landwirtschaftlichen Betrieben angeboten. Andere verwerten ihre Produkte im eigenen Tourismus- oder Gastronomiebetrieb. Oftmals kombinieren die BäuerInnen gleich mehrere Tätigkeiten.



113.764 Gästebetten

im Nebenerwerb



11 % des touristischen
Bettenangebots



9.895 Urlaub am Bauernhof

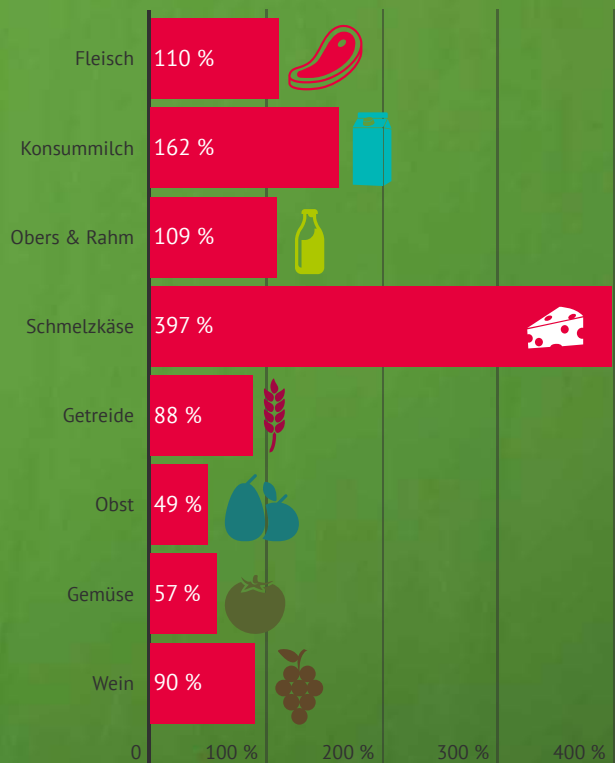
im Nebenerwerb



106 Mio. Euro Erträge

aus dem touristischen
Nebenerwerb

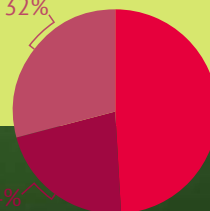
Selbstversorgungsgrad mit österreichischer Nahrungsmittelproduktion



917.155 t Fleisch

Jahresproduktion in Österreich

Geflügel, Sonstiges 32%



Rind 24%

Schwein 54%

Erntehelfer: **Es geht um das Mindeste**

*Erntearbeit gibt es, seit es Menschen gibt.
Bis heute ist sie wichtig für die Versorgung mit
Lebensmitteln. Gleichzeitig wird die Arbeit
auf dem Feld oft lächerlich gering entlohnt.
Auch in Österreich.*

von Thomas Stollenwerk



Senol Alic

Der Sekretär der Gewerkschaft PRO-GE in Niederösterreich bringt die Sezioneri-Kampagne auf den Punkt: „Wir bringen Licht ins Dunkle. Die meisten ErntearbeiterInnen haben von ihren Rechten kaum eine Ahnung.“



© Robert Newald / picture desk.com

Wir haben alles Mögliche gemacht. Von sechs Uhr morgens bis 22 Uhr haben wir gearbeitet, manchmal sogar bis um ein oder zwei Uhr in der Früh“, erzählen die Brüder Andrei und Bogdan Oancea im Gespräch mit Sónia Melo. Die beiden Männer aus Rumänien haben jahrelang als Erntehelfer in Österreich gearbeitet. Dabei wurden sie ausgebeutet – mitten im reichen Tirol. „Wenn ich am Nachmittag vom Feld kam, musste ich direkt ins Gasthaus gehen, in die Küche, ohne davor duschen zu dürfen. Dort haben wir gekocht, abgewaschen, und wir mussten bis zum Schluss bleiben, die Küche putzen, bis ein oder zwei Uhr nachts. Am nächsten Tag mussten wir wieder um sechs Uhr aufstehen“, schildert Andrei Oancea

seinen Arbeitsalltag. 300 Stunden Arbeit im Monat, 660 Euro bar auf die Hand.

Im Jahr 2014 erregten die Zustände in Tiroler Betrieben Aufsehen. Denn damals wehrten sich die rumänischen Brüder erfolgreich gegen ihre Ausbeutung als Erntehelfer. Auf ihre Rechte hatte sie ein Flugblatt der Informationskampagne Sezonieri aufmerksam gemacht. Sónia Melo ist die Initiatorin der Kampagne. Damit möchten AktivistInnen und die Produktionsgewerkschaft PRO-GE ErntearbeiterInnen über ihre Arbeitsrechte aufklären. Denn viele der meist osteuropäischen ArbeitnehmerInnen wissen wenig darüber, was ihnen beim Ernteeinsatz auf österreichischen Feldern zusteht. Und das ist ein Problem.



© PRO-GE

Die zwei Brüder Andrei und Bogdan Oancea aus Rumänien arbeiteten jahrelang als Erntehelfer in Österreich. Mitten im reichen Tirol wurden sie ausgebeutet – bis sie sich erfolgreich zur Wehr setzten.

ErntearbeiterInnen nur selten bis zur Gewerkschaft oder zu anderen offiziellen Stellen durch. „Dadurch, dass der Bereich von gewerkschaftlicher Seite schwach organisiert ist, gibt es sehr wenige betroffene Kläger. Das wissen wir auch.“ Wo kein Kläger, da kein Richter. Der geringe Organisationsgrad unter Saisonkräften ist nur ein Grund dafür, dass die ArbeiterInnen selbst eher selten gegen zu geringe Löhne, zu viele Überstunden oder zu schlechte Unterbringung vorgehen, weiß Alic. „Das Problem ist, dass die Mitarbeiter sich oft nicht trauen, etwas zu sagen. Das ist ja die Schwierigkeit auch für uns als Gewerkschaft.“

Die Aufgabe von Senol Alic besteht deshalb zunächst oft darin, die nötigen Infos zu sammeln. „Wir müssen erst einmal herausfinden, was die Mitarbeiter verdienen, um überhaupt dagegen vorgehen zu können. Aber so weit kommt es in vielen Fällen gar nicht, weil niemand den Job verlieren will, auch wenn er schlecht bezahlt ist. Im Vergleich zum Heimatland ist der Job eben oft doch ganz gut bezahlt.“

Unwissenheit wird ausgenutzt

Diese Situation wird von manchen Betrieben schamlos ausgenutzt. Sind die schwarzen Schafe Einzelfälle? „Ausnahmen sind das nicht. Dafür sind die Fälle zu häufig“, meint Senol Atic. Um die Kosten für das Beschäftigen von SaisonarbeiterInnen zu drücken, sind Betriebe in der Vergangen-

Senol Alic ist betriebsbetreuender Sekretär der Gewerkschaft PRO-GE in Niederösterreich. In den Branchen Nahrung, Genuss und Landwirtschaft setzt er sich für die Belange der ArbeitnehmerInnen ein, und damit auch für die Saisonkräfte, die jedes Jahr im Marchfeld und in den anderen Agrarreregionen des Landes unverzichtbare Erntearbeit leisten, von Frühjahr bis Herbst. Wenn es darum geht, Lohndumping und Ausbeutung in der Landwirtschaft zu bekämpfen, stoße seine Gewerkschaft an Grenzen, erklärt er: „Unsere Aufgabe ist vor allem, Licht

„Es gibt keine Zahlen, wie viele ErntearbeiterInnen überhaupt in Österreich tätig sind. Die Gewerkschaft schätzt, dass österreichweit ungefähr 10.000 Menschen als ErntehelferInnen im Einsatz sind.“

Sónia Melo

ins Dunkel zu bringen und die Erntehelfer darüber aufzuklären, welche Rechte sie haben. Was sie mit dieser Information tun, liegt dann allerdings nicht in unserer Hand.“ Alic würde es begrüßen, wenn mehr betroffene ErntearbeiterInnen gegen ihre eigene Ausbeutung in der Landwirtschaft aktiv würden. Ein erster Schritt wäre zum Beispiel, sich im konkreten Fall an die Gewerkschaft zu wenden, etwa zu einem kostenlosen Beratungsgespräch. „Dann können wir direkt intervenieren“, erklärt der Gewerkschafter. Aber leider dringen Klagen von

heit immer wieder erschreckend kreativ geworden. Oft sei dabei die Unterbringung des Personals ein Thema. Dabei sind die Regeln eigentlich klar. Saisonkräfte haben Anspruch auf Wohnraum mit verschließbarem Schrank, mit separater Toilette und einem Waschraum. Eine Möglichkeit, Essen zuzubereiten, steht ihnen ebenso zu wie der Zugang zu einem Kühlschrank und zu einer Möglichkeit, die Arbeitskleidung zu trocknen. Gewerkschaftssekretär Alic hat schon die unterschiedlichsten Unterbringungsmodelle gesehen: „Manche Bauernhöfe haben eigene Zimmer für Erntepersonal. In anderen Betrieben werden Wohncontainer aufgestellt. Aber es kommt auch vor, dass Mitarbeiter in Containern zusammengepfercht werden und hausen müssen wie im Hühnerstall.“

Umgangene Regeln

Allgemein ist es üblich, dass Betriebe ihren ErntearbeiterInnen die Unterbringung und Verpflegung in Rechnung stellen. Dafür dürfen sie allerdings nicht mehr als 6,54 Euro am Tag verrechnen. Und darin sollten drei Mahlzeiten sowie Snacks und Getränke während der Pausen enthalten sein. Bei der Bezahlung von Urlaub und Überstunden wird ebenfalls regelmäßig getrickst. Und auch Sonntagsarbeit ist ein Thema. Denn die ist in der Landwirtschaft verboten – es sei denn, es geht darum, eine Ernte vor dem Verderben zu schützen, zum Beispiel weil starker Regen droht. Wie genau es Betriebe mit dieser Regelung nehmen, variiert.

Menschen werden dort eingesetzt, wo sie günstiger sind als Maschinen oder es (noch) keine Maschinen gibt, die diese Arbeit bewerkstelligen können – beispielsweise beim Spargelstechen im Marchfeld.

Was ErntehelferInnen zusteht, regeln seit März 2017 neue Kollektivverträge. Je nach Bundesland variieren die Lohnuntergrenzen. In Oberösterreich liegt das Stundensalar mit 6,78 Euro brutto am niedrigsten, in Salzburg mit 8,57 Euro am höchsten. Durchschnittlich liegt der Stundenlohn bei rund 7,55 Euro brutto und der Monatslohn bei ca. 1.300 Euro brutto.

So kommen ErntehelferInnen auf einen durchschnittlichen monatlichen Nettoverdienst von knapp 1.100 Euro. Das macht es für ArbeitnehmerInnen aus vielen Ländern im Osten und Südosten Europas attraktiv, mehrere Monate pro Jahr als ErntehelferIn nach Österreich zu kommen. Auch deshalb

haben sich zum Anwerben von Arbeitskräften aus den östlichen EU-Staaten – vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn – professionelle Agenturen entwickelt, die ArbeiterInnen an landwirtschaftliche Betriebe vermitteln und teilweise auch den Transport übernehmen.

Keine genauen Zahlen

Genau Zahlen zur Anzahl der Saisonkräfte liegen nicht vor, erklärt Sónia Melo: „Es gibt keine Zahlen dazu, wie viele ErntearbeiterInnen überhaupt in Österreich tätig sind. Die Gewerkschaft schätzt, dass österreichweit jedes Jahr ungefähr 10.000 Menschen im Ernteeinsatz sind.“





EU-BürgerInnen saisonal anzustellen ist bürokratisch recht unkompliziert. Allein für BürgerInnen des EU-Mitgliedsstaates Kroatien ist der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt noch beschränkt. ArbeiterInnen aus Staaten außerhalb der EU für den Ernteeinsatz anzustellen verursacht für landwirtschaftliche Betriebe mehr Aufwand. Senol Alic meint, das sei den meisten Betrieben zu kompliziert. Denn für Beschäftigte aus Drittstaaten ist eine Beschäftigungsbewilligung des AMS nötig. Und die wird nur in bestimmter Anzahl erteilt. Denn für SaisonarbeiterInnen von außerhalb der EU legt das Arbeits- und Sozialministerium Kontingente fest. 2017 durften österreichweit nur 2.510 SaisonarbeiterInnen aus Drittstaaten in Österreich beschäftigt werden – und das nur maximal sechs Monate lang. Ein zweites Kontingent betrifft kurzfristig beschäftigte

ErntehelferInnen, die nur sechs Wochen in Österreich beschäftigt werden dürfen – also während des Höhepunkts der Erntesaison. Im Jahr 2017 wurde diese Quote mit 375 festgelegt. Für beide Quoten gilt dabei jeweils ein Verteilungsschlüssel für die einzelnen Bundesländer, der an Faktoren wie die lokale Arbeitslosigkeit angepasst wird. Bereits in Österreich lebende AsylbewerberInnen wurden 2017 bei der Erteilung der Beschäftigungsbewilligungen bevorzugt behandelt – genau wie kroatische StaatsbürgerInnen. Für Saisonkräfte aus anderen Drittstaaten wie Bosnien, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien oder auch der Ukraine ist der Zugang

zum Arbeitsmarkt somit auch in der Saisonarbeit stark eingeschränkt. Eine weitere Ausnahme stellen sogenannte registrierte Stammsaisoniers dar. Das sind ErntehelferInnen aus Drittstaaten, die in den vergangenen Jahren wiederholt durch österreichische Betriebe beschäftigt waren. Sie fallen nicht unter die Bevorzugungsregelung und das festgelegte Kontingent.

Der eingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt führt auch dazu, dass auf österreichischen Feldern immer wieder Menschen in prekärer Aufenthaltssituation arbeiten. Für ihre Rechte setzt sich UNDOK ein, die Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender.

„Es gibt zwei verschiedene Kontingente. Das erste sind SaisonarbeiterInnen. Die dürfen bis zu sechs Monate arbeiten. Und dann gibt es ein zweites Kontingent für ErntehelferInnen. Die dürfen nur sechs Wochen bleiben.“

Sónia Melo



Was ErntehelferInnen zusteht

Lohn

Es gelten für ErntehelferInnen die im Kollektivvertrag für das jeweilige Bundesland festgelegten Lohnuntergrenzen. In Niederösterreich beispielsweise liegt der Mindestlohn pro Monat bei 1.283,93 Euro brutto. Der Lohn ist monatlich auszuzahlen und ein Lohnzettel muss ebenfalls ausgehändigt werden.

Arbeitszeit

Es darf höchstens 12 Stunden pro Tag gearbeitet werden und höchstens 60 Stunden pro Woche. Auch inklusive der Überstunden darf nicht mehr gearbeitet werden. Die Regelarbeitszeit beträgt 40 Stunden pro Woche und für Überstunden gibt es einen pauschalen Lohnaufschlag von 50 Prozent. Wird nachts bzw. an Sonn- und Feiertagen gearbeitet, sind sogar 100 Prozent Aufschlag auf den Stundenlohn fällig. Anfahrts- und Pausenzeiten zählen nicht zur Arbeitszeit. Und: Auch Saisonkräfte haben Urlaubsanspruch.

Quartier und Verpflegung

Maximal 1,31 Euro dürfen täglich für die Unterbringung verrechnet werden. Das Quartier muss abschließbar sein, ebenso wie ein Schrank darin. Es muss ein Fenster geben, Trinkwasser sowie eine Waschgelegenheit, Beleuchtung, eine separate Toilette, die Möglichkeit, Speisen zu erhitzen, und auch einen Kühlschrank. Nasse Kleidung muss zum Trocknen aufgehängt werden können. Stellt der Betrieb außer der Unterkunft auch die Verpflegung, dürfen für beides in Summe nicht mehr als 6,54 Euro pro Tag verrechnet werden. Arbeitsmaterial muss der anstellende Betrieb kostenlos zur Verfügung stellen.

Es bleibt die Frage, wie man als KonsumentIn selbst dazu beitragen kann, dass ErntehelferInnen so entlohnt und behandelt werden, wie es ihnen zusteht. Das ist nicht einfach. Schließlich kann man dem Gemüse im Supermarkt nicht ansehen, unter welchen Bedingungen es geerntet wurde – und in der Gastronomie schon gar nicht.

Aber: Es gibt Gütesiegel. Zum Beispiel das AMA-Gütesiegel von Agrarmarkt Austria. Es schreibt landwirtschaftlichen Betrieben in seinen Richtlinien vor, einen Verantwortlichen zu benennen, der sich um „Einhaltung und Umsetzung bezüglich Gesundheitsschutz, Sicherheit und Wohlbefinden der Dienstnehmer (laut der bestehenden Gesetzgebung)“ kümmert. Jährlich dokumentierte Mitarbeiterbesprechungen sind ebenfalls vorgeschrieben. Außerdem heißt es in den Kriterien zur Ver-

gabe des Gütesiegels: „Die Unterkünfte für die Dienstnehmer am Betrieb müssen bewohnbar sein (Dach, Fenster, Türen etc. intakt) und über Trinkwasser, Toiletten, Abflüsse und Elektrizität verfügen.“

Angst vor Skandalen reicht nicht

Gewerkschaftssekretär Senol Alic ist überzeugt, dass viele landwirtschaftliche Betriebe sich sehr genau an die Bestimmungen zur Versorgung und Bezahlung ihrer ErntehelferInnen halten. Und er erklärt, dass auch mehr und mehr Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie Wert darauf legen, dass ihre Zulieferbetriebe und Vertragsbauern sich an geltende Regeln halten. Schließlich scheuen es Lebensmittelunternehmen, mit Skandalen rund um Ausbeutung in Verbindung zu geraten. Damit prekäre Arbeit vollends

aus der Landwirtschaft verschwindet, wird aber die Angst vorm aufgefliegenen Skandal nicht reichen. Dafür ist letztlich wohl ein groß angelegter Wandel nötig, an dessen Ende eine Landwirtschaft steht, die sich nicht als System zur möglichst billigen Produktion auf Effizienz getrimmter Lebensmittel versteht. Schließlich sind es nicht nur ArbeiterInnen, die von einer Dumping-Landwirtschaft ausgebeutet werden, sondern auch die natürlichen Ressourcen und am Ende die BäuerInnen selbst.

Der Autor Thomas Stollenwerk ist Chefredakteur des Magazins BIORAMA. Diese Reportage entstand in einer Koproduktion mit dem Magazin.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
stollenwerk@biorama.eu
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Drohnen kommen in der Landwirtschaft vermehrt zum Einsatz, etwa bei der Schädlingsbekämpfung. Oder sie helfen beim Aufspüren von Jungwild, Wildvögel-Gelegen und Feldhasen, um diese vor dem sicheren Tod durch riesige Mähmaschinen zu retten.



Ackern 4.0

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Die Digitalisierung der Landwirtschaft gilt als Zukunftsmodell. Sie soll die körperliche Arbeit durch intellektuelle Inhalte ersetzen.

Christian Resei
Freier Journalist

Die Verbreitung von Computern, Smartphones, Sensoren und Breitbandinternet ermöglicht eine Form der Landwirtschaft, wie sie vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen ist.

Technik für Nachhaltigkeit

Zum Beispiel derart: Kühe können mit Detektoren ausgestattet werden, die permanent ihre Gesundheit überwachen, und Algorithmen planen den Zeitpunkt für eine **Insemination**. In einem Bericht des Europäischen Parlaments mit dem Titel „Technische Lösungen für die nachhaltige Landwirtschaft“ heißt es etwa: die Verteilung von Herbiziden lässt sich durch die sinnvolle Anwendung der neu-

en Technologien um bis zu 18 Prozent verringern. Ähnlich stark könnten die Einsparungen bei Pestiziden oder auch bei der Nutzung von Traktoren sein.

Doch allein auf technische Innovationen zu vertrauen ist der falsche Weg, weiß Andreas Gronauer, Leiter des Instituts für Landtechnik an der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU). „Technik ersetzt nie Verstand und Wissen. Wer glaubt, dass Technik Fähigkeit und Wissen ersetzen kann, der ist auf dem Holzweg“, warnt er. „Technik ist nur ein dienendes Mittel.“ Sie liefert jedoch Möglichkeiten, um in Prozesse einzugreifen: Sie hilft etwa dabei, die schwere körperliche Arbeit in der Landwirtschaft zu vereinfachen. Besonders das Melken geht aufs Kreuz. Deshalb sollen automatische Melksysteme und -roboter Milch gewinnen. Das Melkgeschirr wird dabei automatisch mit Erkennungssystemen

auf Basis von Ultraschall, Laser und optischen Sensoren an das Euter der Kuh angeschlossen. Freilich wird das Rind nun noch mehr zur bloßen Milchmaschine degradiert. Um ständig Milch zu produzieren, muss eine Kuh jedes Jahr ein Kalb gebären. Sie lebt als „Hochleistungsmaschine“, um rund 8.000 Liter Milch pro Jahr zu liefern.

Gedämpfte Erwartungen

Gronauer dämpft die Erwartungen: „Die große Fehleinschätzung ist, dass sich der Bauer dann auf die faule Haut legen kann und das ganze System rennt von alleine.“ Denn in Wahrheit verschieben sich nur die Arbeitsinhalte: „Der Bauer muss etwa mehr Zeit darauf verwenden, seine Tiere zu beobachten.“ Der körperliche Einsatz wird geringer, dafür gibt es mehr intellektuelle Arbeit, die wiederum Wissen

und Ausbildung voraussetzt. Durch das Fördersystem ist es notwendig, dass die LandwirtInnen ihre Arbeit genau dokumentieren. Was auf den Feldern gepflanzt wird oder wie viel und welche Düngemittel und Pestizide zum Einsatz kommen, darüber muss Buch geführt werden. Eine oft wenig geschätzte Arbeit. Doch werden diese Tätigkeiten digital erfasst, ersparen sich die LandwirtInnen die langwierigen Computer-Eingaben – am Ende des Jahres einfach „Enter“ drücken und schon spuckt der Computer das fertige Formular aus. Freilich macht das die LandwirtInnen zu gläsernen Bäuerinnen und Bauern, was nicht allen recht ist.

Historisch gesehen waren technische Innovationen in der Landwirtschaft oft ein Nebenprodukt militärischer Entwicklungen. Das gilt etwa für Traktoren oder für die Stickstoffdüngemittel, die als Nebenprodukt der Sprengstoffherstellung entwickelt wurden. Technische Neuerungen werden in der Regel in Groß- und Mittelbetrieben zuerst angewendet. Erst später, wenn neue Produkte in größeren Stückzahlen hergestellt werden, sind sie auch für Kleinbetriebe leistbar.

Kooperation

Andreas Gronauer rät kleineren Landwirtschaften zum überbetrieblichen Einsatz der Ressourcen. Ein Traktor kostet im eher günstigen Segment zwischen 50.000 und 100.000 Euro. Effizienter ist es, wenn sich Bäuerinnen und Bauern zusammenschließen und Geräte gemeinsam anschaffen. Diese Betriebsgemeinschaften können sich dann etwa High-Tech-Traktoren im höheren Preissegment anschaffen, die etwa mit GPS-Tracker auch am Computer geortet werden können. „Die Bauern können jederzeit online einsehen, wo die Maschinen gerade eingesetzt werden. Auf diese Art ist eine logistisch effiziente Zeitplanung möglich“, erklärt der Landwirtschaftsexperte. „Wenn der Traktor noch 30 Minuten beim Huber-Bauern läuft, kann ich mich im System einbuchen und die Maschine dort abholen.“ Der Vorteil für die Betriebsgemeinschaften liegt auf der Hand: In einzelnen Betrieben läuft ein Traktor etwa 400 Arbeitsstunden pro Jahr, in Betriebsgemeinschaften kann ein Traktor

jährlich oft bis zu 1.200 Stunden und länger eingesetzt werden.

Technik und ökologische Landwirtschaft müssen sich nicht zwangsläufig widersprechen. So arbeiten auch manche Bio-LandwirtInnen mit modernen Technologien, etwa wenn sie Drohnen gegen Schädlinge einsetzen. Der Maiszünsler – ein Schmetterling, der seine Eier an Maispflanzen ablegt – gehört zu den wirtschaftlich bedeutendsten Schädlingen in Mais- und Hopfenanbaugebieten. Die geschlüpften Larven bohren sich von der Spitze her in den Stängel und fressen sich dann komplett durch die Pflanze. Die Folgen sind oft fatal: Die Mais-Stängel knicken auf halber Höhe um, die Kolben verfaulen und an den Bohrlöchern können sich zudem Pilze bilden. Der natürliche Feind dieses Schmetterlings heißt „Trichogramma brassicae“, eine kleine Schlupfwespenart, die des Maiszünslers Eier angreift.

Von Mitte Juni bis Mitte Juli werden nun Drohnen auf das Maisfeld geschickt, die dort Schlupfwespen-Eier abwerfen. Zur Vorbereitung des Einsatzes gibt der Landwirt die Geokoordinaten des Maisfeldes bekannt. Mithilfe einer App wird anhand dieser Daten ein Flugraster für die Drohne erstellt. Die Kugeln mit den Nützlingen werden in einem Behälter von der Drohne transportiert. In einer dieser Kugeln befinden sich rund 1.100 Schlupfwespenlarven in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Durch kleine Löcher in der Kugel gelangen die Nützlinge nach und nach ins Freie. Die geschlüpften Larven fressen die Eier des Zünslers.

Drohnen sind auch in anderen Bereichen einsetzbar. Sie helfen etwa im Flachgau und dem angrenzenden Innviertel beim Aufspüren von Jungwild, Wildvögel-Gelegen und Feldhasen, um sie vor dem sicheren Tod durch riesige Mähmaschinen zu retten. Der „Octocopter“ mit acht Rotoren ist mit einer hochsensiblen Wärmebildkamera ausgestattet und überfliegt das Gelände in rund 30 bis 50 Meter Höhe.

Elektrische Mobilität

Auch an elektrischer Mobilität wird in der Landwirtschaft gearbeitet. Doch Traktoren brauchen jede Menge Zug-

kraft. Mit aufladbaren Batterien kann diese Leistung derzeit bei Weitem noch nicht erbracht werden. Dafür müsste ein ganzer Anhänger voll mit Batterien mitgeführt werden. Wenn aber Verbrennungsmotoren in der absolut obersten, optimalen Effizienzregion der Motordrehzahl und des Drehmoments gehalten werden, können damit Generatoren angetrieben werden, die so effizient Strom erzeugen. Dieses Konzept wird bei Mähdreschern und Häckslern angewendet – die von ihnen angetriebenen Generatoren versorgen dann elektrische Antriebe, die die Arbeit am Feld erleichtern.

Prüfende Sensoren

Die Technik dient heute den Menschen, weil sie sensitiver wird. „Wenn man sich eine Bodenkarte ansieht, ist der Boden eines Feldes nie homogen. Es gibt Unterschiede in der Bodenart, der Nährstoffverteilung und der Verdichtung“, erklärt Experte Gronauer. Allerdings sind diese Unterschiede im Kleinen durch die grobe maschinelle Bearbeitung verloren gegangen, die Felder wurden bestellt, als wären sie homogen aufgebaut. „Unsere Urgroßväter waren mit dem Pferd unterwegs und haben sehr wohl noch die Unterschiede auf den Feldern gekannt“, weiß Gronauer. „Sie gingen dem Pflug zu Fuß hinterher und wussten genau, wie der Boden beschaffen ist, und haben darauf reagiert, indem sie den Pflug auch mal tiefer laufen ließen.“ Heute können Sensoren diese kleinteiligen Unterschiede (wieder) erkennen und in entsprechender Weise Rücksicht nehmen.

Doch trotz aller technischen Raffinessen bleibt den LandwirtInnen manche lästige, unangenehme Arbeit noch immer übrig: etwa das Ausbringen der Gülle auf die Felder. Diese stinkende und langweilige Arbeit kann bisher noch kein Roboter übernehmen.

Bericht des Europäischen Parlaments:
www.europarl.europa.eu/thinktank

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
resei@gmx.de
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der steigende Lebensstandard und der Traum vom Eigenheim im Grünen sind die ursächlichsten Gründe für den hohen Bodenverbrauch. So ist die Wohnnutzfläche pro Kopf seit 2001 um drei Quadratmeter gestiegen.

Unter den Füßen wird es knapp

Österreich ist Meister im Verbrauch von Landflächen. Boden wird immer knapper, was Wohnen zunehmend teurer macht.

Iris Strutzmann

Arbeiterkammer Wien, Abteilung Umwelt und Verkehr

Österreich ist EU-Meister beim Bodenverbrauch. Der Flächenverbrauch wird gerne in Fußballfeldern angegeben, damit er leichter vorstellbar ist. In den letzten zehn Jahren wurden in Österreich pro Tag durchschnittlich 20 Hektar Äcker und Wiesen verbaut, das sind 30 Fußballfelder.

Teure Flächen für Wohnen

Das Bevölkerungswachstum sowie die Wirtschaftsentwicklung werden auch zukünftig zusätzliche Flächen erfordern. Boden wird immer knapper, was Flächen für Wohnen immer teurer macht. Es stellt sich die Frage, wie einerseits die Bereit-

stellung der erforderlichen Flächen sowie andererseits ein sparsamer Umgang mit den bestehenden Flächen sichergestellt werden kann. Aktuelle Daten des Umweltbundesamtes zeigen, dass der Bodenverbrauch von 2013 bis 2015 im Durchschnitt bei 16,1 Hektar pro Tag lag. Davon wurden täglich 7 Hektar für Bau- und Verkehrsflächen und 9,1 Hektar auf Betriebs-, Erholungs- und Abbaufächen genutzt.

Bereits im Jahr 2002 wurde bei der Erstellung der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie die ungebremste Entwicklung des Bodenverbrauchs erkannt. Daher sollte der Zuwachs dauerhaft versiegelter Flächen auf 2,5 Hektar/Tag begrenzt werden. Ein Ziel, von dem Österreich bis heute weit entfernt ist.

Die Steigerung des Lebensstandards und der Traum vom Eigenheim im Grünen sind die ursächlichsten Gründe für

den hohen Bodenverbrauch. So zeigen Zahlen der Statistik Austria, dass die Wohnnutzfläche pro Kopf seit 2001 um drei Quadratmeter gestiegen ist.

Hohe Kosten für die Allgemeinheit

Das Einfamilienhaus mit Garten stellt mit zwei Dritteln der Wohngebäude die wohl beliebteste Wohnform für die ÖsterreicherInnen dar und trägt erheblich zur Zersiedelung bei. Großflächige Einkaufszentren am Stadtrand und Betriebsansiedelungen auf der grünen Wiese tragen zusätzlich ihren Teil dazu bei.

Was auf den ersten Blick für die Gemeinden gewinnbringend erscheint, verursacht auf lange Sicht oft hohe Kosten für die Allgemeinheit. So ist mit der Flächenwidmung für neuen Wohnraum und Gewerbebetrieben am Dorf-/Stadtrand häufig eine Verödung des Ortsker-

nes verbunden. Leerstehende Gebäude wirken nicht attraktiv, weitere Wege zu den Geschäften bedingen mehr Individualverkehr und bedeuten für ältere Menschen oft auch einen Verlust ihrer Selbstständigkeit.

Das Thema Flächensparen und Flächenmanagement ist daher ein wichtiger Bereich im Raumentwicklungskonzept 2011. Der sorgsame Umgang mit Grund und Boden, eine effizientere und widmungskonforme Nutzung von Flächen, die Mobilisierung von Bauland, flächensparendes Bauen sowie Revitalisierungs- und Recyclingmaßnahmen von Flächen und baulichen Strukturen sind als Ziele formuliert. Eine Grundlage für die gesamtheitliche Betrachtung bietet das gewidmete, aber nicht bebaute Bauland in Österreich. Über ein Viertel (26,6 Prozent) der gewidmeten Baulandfläche in Österreich ist nicht bebaut.

Umweltauswirkungen

Durch die Versiegelung der Böden gehen wichtige Schutzfunktionen des Bodens für uns Menschen und die Umwelt verloren. So trägt der Boden wesentlich zur CO₂-Speicherung und somit zum Klimaschutz bei. Bei nicht nachhaltiger Nutzung kehrt sich dieser Vorteil genau ins Gegenteil um: das im Boden gespeicherte CO₂ wird wieder an die Luft abgegeben. Boden ist außerdem ein wichtiger Wasserspeicher sowie Filter für Wasser und Nährstoffe, er dient dazu, Schadstoffe zu filtern, zu neutralisieren und/oder zu binden. Zudem werden durch Versiegelung oft Lebensräume zerschnitten, was zum Verlust von Biodiversität beiträgt.

Laut dem Bericht „Wie geht's Österreich“ von Statistik Austria stellt die mit der Flächeninanspruchnahme einhergehende Bodenversiegelung eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess.

Aber auch landwirtschaftliche Nutzung führt zu Bodenverlusten. Der intensive Gebrauch von Pestiziden und Chemikalien sowie Monokulturen zerstören die Bodenstruktur sowie die Ökologie des Bodens, was zu dessen Erosion beiträgt. Es braucht beispielsweise 500 Jahre, um einen 2,5 cm hohen fruchtbaren Boden aufzubauen. Weiters führt

der Einsatz von immer schwereren Landmaschinen zu einer verstärkten Verdichtung des Bodens. Daher ist auch die Landwirtschaft gefordert, den Boden schonender zu bewirtschaften. Ein gesunder und aktiver Boden kann besser ausreichend und gesunde Lebensmittel liefern sowie vor Überschwemmung und Vermurung schützen.

Zukünftige Lösungen

Eine besondere Rolle bei der Reduktion des zukünftigen Flächenverbrauchs spielen einerseits die Gemeinden, denn sie sind für Flächenwidmung zuständig, sowie andererseits die Bundesländer, die für Raumordnung und Bodenschutz zuständig sind.

Der Bund hat hier keinerlei rechtliche Kompetenz, anders als im Nachbarland Deutschland, wo es ein bundesweites Bodenschutzgesetz gibt. Damit kann Deutschland Lösungen bis auf die Gemeindeebene in einer Strategie verankern und zumindest stadtplanerische Instrumente einsetzen. Konkret unterbreitet hier der „Bund“ Gemeinden konkrete Vorschläge, wie eine Gemeinde aktiv ihren Flächenverbrauch senken könnte. So könnten zum Beispiel bereits erschlossene Flächen im Ortskern besser genützt werden, bevor neues Bauland am Ortsrand ausgewiesen wird. So eine Vorgehensweise spart auf lange Sicht Flächen und auch Kosten. Die Zusammenarbeit von Gemeinden bietet dabei erhebliche Vorteile.

Die große Herausforderung ist es, einen qualitativ schonenden Umgang mit der Ressource Boden, leistbares Wohnen und aktiven Bodenschutz unter einen Hut zu bringen. Eine künstliche Verknappung der Ressource Boden durch fix festgelegte Flächenverbrauchswerte würde zu einem starken Anstieg der Bodenpreise führen. Die Verfügbarkeit der für die Entwicklung notwendigen Flächen zu vertretbaren Preisen ist auch zukünftig sicherzustellen. Hier könnte eine übergeordnete Raumordnung die Zuständigkeit des Bundes beim Bodenschutz stärken.

Sinnvoll wären zudem bessere Rahmenbedingungen für die Revitalisierung von brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen.

Das Land Salzburg hat in seiner Novelle des Raumordnungsgesetzes 2017 Maßnahmen ergriffen, um den Bodenschutz zu stärken. Mit der Einführung eines Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrags soll erreicht werden, dass zukünftig Bauland rascher aktiv genutzt wird. Wird nach fünf Jahren nicht gebaut, ist eine Infrastrukturabgabe ab einer Fläche von über 500 m² zu bezahlen. Dieser Beitrag ist gestaffelt gestaltet und beträgt beispielsweise für gewidmetes Bauland in der Größe von 500 bis 1.000 m² jährlich 1.400 Euro. Außerdem ist Bauland künftig auf nur mehr zehn Jahre befristet. Wird in dieser Zeit nicht gebaut, wird dieses Bauland automatisch in Grünland rückgewidmet. Nur für Eigenbedarf wird diese Frist auf 15 Jahre verlängert. Damit soll der Spekulation mit Bauland ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden. So sind in Österreich rund 26 Prozent des gewidmeten Baulandes nicht bebaut.

Strategische Entwicklung angebracht

Das Land Salzburg stellt zu nicht genutztem Bauland folgende Berechnungen an: Würden 918 Hektar ausgewiesenes Bauland mit einer Geschoßflächenzahl von 0,7 verbaut werden – wie für Reihen- oder Doppelhäuser durchaus üblich –, würde dieser Grund rund 160.000 Menschen ein Dach über dem Kopf geben, wenn pro BewohnerIn eine Wohnfläche von rund 40 Quadratmetern angenommen wird. Die Verdichtung der Verbauung anstatt weiterer Zersiedelung kann weitere Flächenversiegelung verringern.

Eine strategische, nachhaltige Siedlungsentwicklung, die die Bodenversiegelung eindämmt und strategische Planung ermöglicht, wäre für Gesamtösterreich angebracht. Damit könnten mittel- und langfristig der Bodenverbrauch reduziert, leistbares Wohnen ermöglicht und aktiver Bodenschutz betrieben werden.

Initiative „Rette den Boden“:

www.people4soil.eu/de

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

iris.strutzmann@akwien.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Geld kann man nicht essen

Der InvestorInnen-Appetit auf Rendite und die Marktlogik des globalen Ernährungssystems lassen Menschen in armen Ländern hungern.

Beatrix Beneder
Freie Journalistin

Ohne Nahrung kein Leben. An Rohstoffbörsen werden Lebensmittel gehandelt wie jedes andere Gut. Sie sind von Natur aus begrenzt und risikoanfällig: durch begrenzt verfügbare Ackerflächen, kurze Haltbarkeit, beschränkte Lagerfähigkeit und Naturkatastrophen. Angesichts von klima- und schädlingsbedingten Ernteausfällen kam Friedrich Wilhelm Raiffeisen im 19. Jahrhundert auf die Idee, eine Genossenschaft zu gründen. Ein ähnliches Motiv steckt hinter dem nahezu frivol erscheinenden Phänomen, dass Rohstoffe, die Menschen zum Leben brauchen, an der Börse gehandelt werden, auch wenn dies in der Realität nicht wie in einem Geschäft vonstattengeht. Vielmehr steckt dahinter ein komplexes System.

Kein physisches Kaufinteresse

Die ursprüngliche Idee ging ebenso von einem Ausgleichsgeschäft aus. Warenterminbörsen sollten Risiken und Preisverfall absichern. Was den Zustrom des Finanzkapitals in diese Warenterminmärkte so gefährlich macht, ist, dass es kein physisches Kaufinteresse gibt. Die kurzfristige Spekulation auf steigende Preise dient ausschließlich dem Ziel, Gewinne zu machen, und sorgt so für Preisverzerrungen. Zusätzlich verstärkt wird dies durch den algorithmischen Handel, der automatisiert über Computer abläuft.

Seit der Jahrtausendwende wurden traditionelle Spekulationsbeschränkun-

gen auf Rohstoffmärkten kontinuierlich abgebaut, die Märkte wurden für **Derivat**-basierte Spekulation geöffnet.

„Bis Ende der 1990er-Jahre sicherten Futures zum größten Teil noch materielle Warenverträge ab, heute liegt der Anteil bei der Hälfte oder darunter“, beschreibt Bernhard Tröster, Volkswirt bei der **Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung** (ÖFSE), die veränderte Situation. „Die Öffnung bewirkte eine drastische Erhöhung des Volumens spekulativ eingesetzten Kapitals. Aus mehreren Gründen: Das Platzen der Dotcom-Internetblase reduzierte die Gewinnaussichten bei Aktienmärkten, das Zinsniveau war niedrig und der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, getrieben von großem Rohstoffhunger, machte diese Märkte besonders attraktiv“. Illustriert am Beispiel von Weizen-Futures der Börse in Chicago: Diese verfünffachten ihr Handelsvolumen im Zeitraum von 1998 bis heute.

Im Gegenzug sank der Anteil kommerzieller Agrarhändler von 50 bis 60 auf 30 Prozent. Von dieser Machtverschiebung profitieren Finanzinvestoren, aber auch internationale Agrarhändler und multinationale Nahrungsmittelkonzerne.

Insiderwissen

Die größten Händler von Agrarrohstoffen heißen ADM Bunge & Cargill und Dreyfus, zusammengefasst und abgekürzt als „ABCD“. Laut „Konzernatlas 2017“ verfügen sie insgesamt über einen Weltmarktanteil von 70 Prozent. Sie handeln aber nicht nur mit Agrarstoffen, sondern

transportieren und verarbeiten Lebensmittel weiter, besitzen Silos, Ölraffinerien und Hochseeschiffe. Diese Position bringt einen Informationsvorsprung über Ernten, Preise, Wetterlagen und politische Entwicklungen in allen Teilen der Welt. Aufgrund ihres Insiderwissens verfügen sie über eine starke Verhandlungsposition in Preisverhandlungen. Noch nützlicher ist es für die Tätigkeit als Finanzinstitut. Als Investmentgesellschaften verwalten sie Hunderte agrarbasierte Fonds und verfügen so über ein milliardenschweres Investitionskapital. Je nach Marktlage und Geschäftsinteresse wird eine Ernte eingelagert oder verkauft, deshalb spricht man von „Zweiter Ernte“.

Preistreiber Spekulation

Seit über zehn Jahren wird die Frage kontrovers diskutiert, ob Spekulation Getreide teuer macht. Auf der einen Seite stehen entwicklungs- und globalisierungskritische NGOs und die internationale Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite wirtschaftsliberale Thinktanks und Banken (in Europa mit der Deutschen Bank in führender Rolle), dazwischen steht die Wissenschaft. Im Landwirtschaftsbericht der Welternährungsorganisation aus dem Jahr 2011 stellte ein Großteil der ForscherInnen fest, dass ein hohes Maß an Spekulation an den Terminmärkten die Preise erhöhen kann.

Unbestritten ist, dass seit 2006 die Preisschwankungen (Volatilität) bei Lebensmitteln außergewöhnlich hoch sind. Uneinig ist man, ob und in welchem Ausmaß Spekulation überhaupt



zu steigenden Agrarpreisen beiträgt. An der Börse selbst gibt man eine klare Antwort: In einer Umfrage der NGO **Foodwatch** bestätigen dies 89 Prozent der 180 befragten RohstoffhändlerInnen, AnalystInnen und BrokerInnen.

Insbesondere Finanzspekulation mit Derivaten steht in dem Ruf, Hungerkrisen zu verursachen. Vor allem der algorithmische Börsenhandel gilt als Mitverursacher großer Hungerkrisen in den Jahren 2008 und 2011. Doch was ist überhaupt Spekulation? Darunter versteht man die kurzfristige Investition von Kapital in das Steigen bzw. Fallen von Kursen bzw. Termingeschäfte, um mit diesen Preisschwankungen Gewinne zu erzielen. Die Spekulation mit Lebensmitteln erklärt sich auch aus der beständigen Suche der Investoren nach attraktiven Investments.

Markt liquide halten

Die Investmentbank Barclays Capital erhob, dass die Finanzinvestitionen in Lebensmittel und Rohstoffe zwischen 2003 und 2012 von 15 auf 450 Milliarden Dollar angestiegen sind. So risikoreich spekulative Kapitalinvestitionen in Rohstoffe auch sind: Sie gelten als Instrument, um den Markt liquide zu halten und ausgleichend zu wirken. **Indexfonds** (eine Form von Investmentfonds) werden gerade für KleinanlegerInnen als sichere Geldanlage gewertet.

Diese Fonds verkaufen auslaufende Verträge beispielsweise über den Kauf von Weizen zu einem in naher Zukunft liegenden Zeitpunkt, stattdessen kaufen sie das Recht, Weizen in drei Monaten

zu bekommen. In Börsendeutsch heißt das „rollen“ der Verträge. Diese Finanzprodukte tragen wesentlich zu Preisschwankungen bei und verstärken so Grundprobleme unseres globalen Ernährungssystems.

Direkte Einkommenseinbußen

Preisschwankungen betreffen Menschen in Ländern des globalen Südens wesentlich stärker als in den Industrieländern. Zunächst leben dort mehr Menschen von der Landwirtschaft, Preisverluste bringen damit oft direkte Einkommenseinbußen. Wer bis zu 80 Prozent des Einkommens für Lebensmittel ausgibt, für den/die haben bereits geringfügige Preisschwankungen existenzielle Folgen. Ein weiterer Preistreiber liegt in einem Ansatz westlicher Klimapolitik: Viele Jahre galten Agrotreibstoffe (**Ethanol**, Biodiesel) aus Raps, Palmöl und Soja als perfekte Alternative, um den CO₂-Ausstoß und die Erdölabhängigkeit zu reduzieren.

Die große Nachfrage nach essbaren Treibstoffen zerstört nicht nur den Regenwald, sie treibt zugleich die Agrarpreise in die Höhe. Zur Veranschaulichung: Allein für die Beimengung von Biotreibstoff für den Benzinbedarf in Österreich müsste ein Drittel der gesamten Ackerfläche eingesetzt werden. „Nahrungsmittel raus dem Tank“ lautet daher die prägnante Forderung von Gerhard Riess, Sekretär der Gewerkschaft PRO-GE.

Eine entsprechende Kampagne von NGOs und Gewerkschaften hat zum Umdenken beigetragen: Im Oktober einigte man sich im EU-Agrarausschuss

auf die Revision der Richtlinie zu erneuerbaren Energien. Demnach soll der Anteil an Biokraftstoffen bis 2030 auf zwölf Prozent sinken. Künftige Biokraftstoffe sollen aus Abfall, Stroh und Reststoffen produziert werden.

Auch die neue EU-Finanzmarkt-richtlinie soll Beschränkungen bei der Spekulation auf Nahrungsmittel vorsehen. Die Entwicklungsorganisation **Oxfam** kritisierte den ersten Entwurf allerdings als „Wunschzettel der Finanzbranche, der zu massiven Marktverzerrungen und gravierenden Preissprüngen“ führen könne.

Bohren harter Bretter

Das Zurückdrängen des hochspekulativen Kapitals aus den Agrarmärkten fordert eine Politik des „Bohrens harter Bretter“. Aber auch der/die Einzelne kann etwas tun: „Wer bei der betrieblichen Pensionsvorsorge oder privaten Investments darauf achtet, dass dabei keine spekulativen Veranlagungen in Lebensmittel oder andere Rohstoffe getätigt werden, leistet so einen Beitrag, die Finanzialisierung der Nahrungsmittelmärkte einzudämmen“, so Bernhard Tröster von der ÖFSE.

Materialien zu Wirtschaft&Gesellschaft –
„Finanzmärkte und Rohstoffpreise“ :
tinyurl.com/jcwyqtzh

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrice@beneder.info

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Preise im Nebel

In Deutschland sind Agrarprodukte deutlich niedriger als in Österreich. Die große Unsicherheit, ob die Preise in ihrer Höhe gerechtfertigt sind, bleibt bestehen.

Alexandra Rotter
Freie Journalistin

Die Preise für Agrarprodukte sind in Österreich auf einem relativ hohen Niveau – und das ist nicht erst so, seit sich der Butterpreis in den vergangenen Monaten so stark verteuert hat.

Erstaunliche Unterschiede

Die Arbeiterkammer führt jedes halbe Jahr Preisvergleiche durch und hat dafür einen Warenkorb mit 40 Lebensmitteln erstellt. Von diesen Lebensmitteln werden die jeweils billigsten Produkte sowohl in Wien als auch in Berlin bei mehreren Lebensmittelhändlern, darunter auch Diskonter, eingekauft. Am Ende vergleicht die AK sowohl die Preise der Produkte als auch den Gesamtpreis des Warenkorbs miteinander. Auch eine Preisentwicklung über die Jahre wird auf diese Weise erhoben.

Dabei sind vor allem die großen Preisunterschiede zwischen Österreich und Deutschland erstaunlich. Im Februar 2017 kostete der Warenkorb in Wien – mit Produkten wie etwa diversen Obst- und Gemüsesorten, Milch und Milchprodukten, Eiern, Fleisch, Reis, Tee, Konserven, Mehl, Nudeln und Tiefkühlwaren – knapp 94 Euro.

Für den gleichen Warenkorb mussten KonsumentInnen zum selben Zeitpunkt in Berlin nur etwas mehr als 81 Euro bezahlen. So war etwa Teebutter im Februar in Wien brutto um 36,2 Prozent teurer als in Berlin, Eier kosteten um 45,5 Prozent mehr, Mehl war

um 49 Prozent, Frischmilch gar um 70,2 Prozent teurer. Die Spitzenreiter dieser Liste waren auf Platz drei Brathuhn, das in Wien um 84,2 Prozent mehr kostete, auf Rang zwei Schwarztee (90,5 Prozent), und am absoluten Spitzenplatz rangierten Hühnerkeulen, die in Wien fast um 150 Prozent teurer waren als in Berlin.

Bei diesen Preisvergleichen zeigt sich laut Gabriele Zgubic, Leiterin der Konsumentenpolitik in der Arbeiterkammer Wien, dass auch Produkte, die gering verarbeitet sind, in Berlin deutlich billiger sind als in Wien. Die Gründe für die eklatanten Unterschiede sind den KonsumentenschützerInnen aber nicht vollständig klar. „Wir kennen die Preiskalkulationen des Handels nicht im Detail. Unsere Vermutung ist aber, dass es vor allem daran liegt, dass die Konzentration im Lebensmittelhandel in Österreich deutlich höher ist als in Deutschland“, so Zgubic.

Höhere Qualität?

Wenn etwa vom Fleisch gesprochen werde, höre man oft das Argument, dass die Fleischqualität in Österreich viel höher sei, dass etwa in Deutschland die Landwirtschaftsbetriebe viel größer seien. Ob das den riesigen Preisunterschied rechtfertigt, wagt Zgubic zumindest anzuzweifeln. Ähnliches gilt auch für den Milchpreis, wo argumentiert wird, dass in Österreich Milch gentechnikfrei produziert werde. „Aber die Frage ist, ob das einen Preisunterschied von 70 Prozent rechtfertigt“, so Zgubic. Auch der vom Handel gerne ins Treffen geführte Lohnunter-

schied sei bei Weitem nicht so hoch, als dass damit derartige Preisunterschiede erklärbar wären. Es gebe viele Argumente seitens der Handelsunternehmen, aber: „Bisher haben wir nicht wirklich sehr überzeugende Argumente des Handels gehört, welche die Preisunterschiede plausibel erklären würden.“

Lange Transportwege

Ernst Tüchler, Referent im volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB, kennt die Milchwirtschaft in Österreich sehr gut und hat Einblicke in die Preisbildung. Er betont zunächst die extrem hohe Qualität der Milch aus Österreich. Diese rechtfertige sicher zum Teil höhere Preise. Ein weiterer Grund für die Preisdifferenz liegt darin, dass in Deutschland der Anteil an Haltbarmilch wesentlich größer ist als hierzulande, wo das Angebot an Frischmilch überwiegt, welche teurer verkauft wird.

Einer der klaren Preistreiber sind Tüchler zufolge aber die relativ langen Transportwege verbunden mit im europäischen und internationalen Vergleich kleinen Firmengrößen bzw. Bauernhöfen: „Die Transportkosten vom Bauern machen einen großen Anteil am Preis aus.“ Laut Agrarmarkt Austria lag der Preis für einen Liter Milch mit 4,2 Prozent Fetteinheiten ab Hof 2016 bei gerade einmal 31,2 Cent.

Im Februar 2017 kostete die Milch laut AK-Warenkorb netto 89 Cent. Die Differenz von in diesem Beispiel 58 Cent setzt sich aus den Transportkosten in die Molkerei, den Löhnen und Gehältern der Molkerei-MitarbeiterInnen,

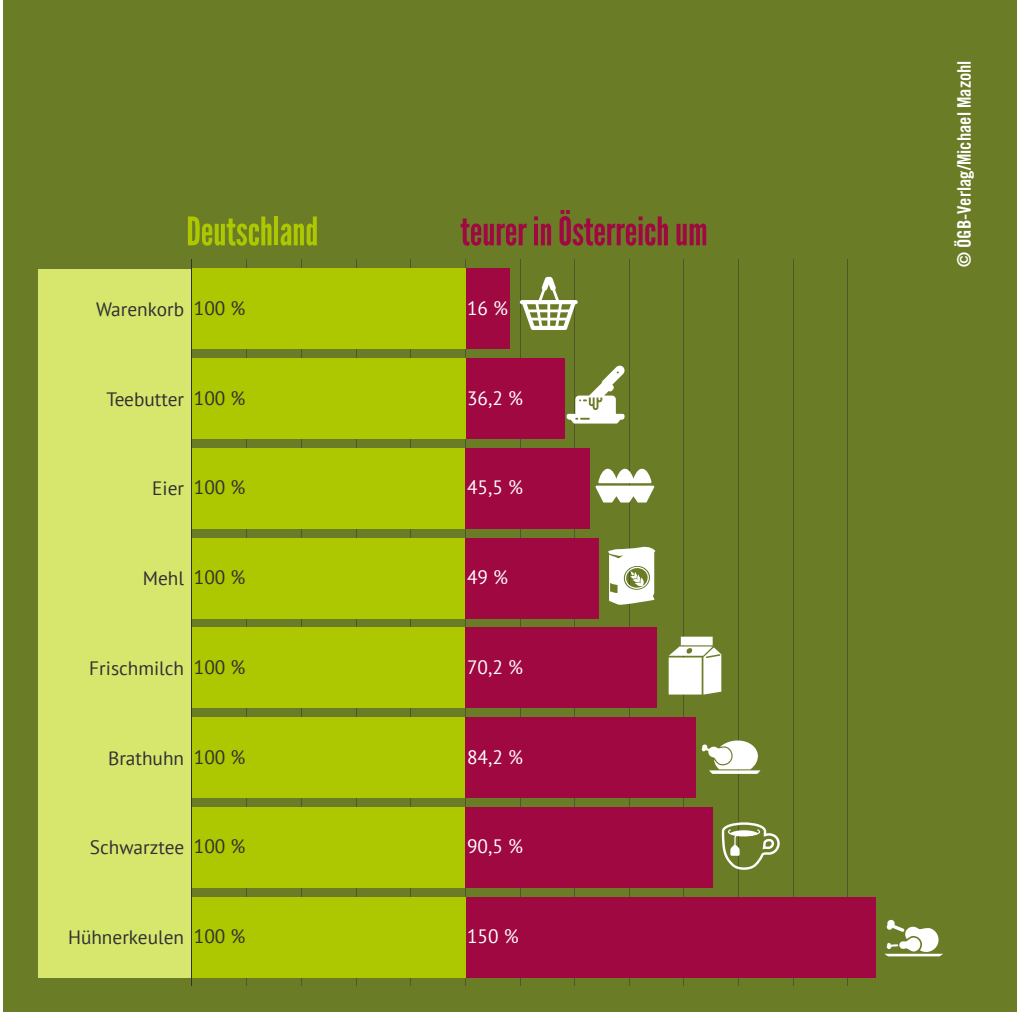
den Kapitalkosten der Molkereien und der Spanne bei den Supermärkten zusammen. Wohlgermerkt werden für den AK-Warenkorb die jeweils billigsten Produkte herangezogen, was darauf schließen lässt, dass die Differenz meist noch größer ist.

Rund ein Drittel der gesamten österreichischen Milchproduktion kommt aus Oberösterreich. Rund 200 Verarbeitungsbetriebe stellen dann aus dem Rohstoff Milch diverse Produkte her – von Butter über Schlagobers bis hin zu Käse und Frischkäsezubereitungen. Der umsatzstärkste Molkereibetrieb in Österreich ist Berglandmilch, und zwar mit großem Abstand zu NÖM auf Platz zwei. Platz drei belegt Gmundner Milch. Natürlich kommen Milch und Milchprodukte, die in Österreichs Supermärkten landen, nicht nur von österreichischen Betrieben. Allerdings legen die KonsumentInnen hierzulande bei Milcherzeugnissen besonders viel Wert auf heimische Ware. Das geht aus einer Studie von Fessel-GfK von 2010 hervor, die sich mit den Kaufentscheidungsgründen für Produkte befasste. So antworteten 65 Prozent der Befragten, dass sie bei Milch und Butter darauf achten, ein österreichisches Produkt zu kaufen, bei Käse waren es 48 Prozent. Zum Vergleich: Nur 17 (Milch und Butter) bzw. 13 Prozent (Käse) ist wichtig, ein Bioprodukt zu kaufen.

Abhängigkeitsverhältnisse

In Österreich gibt es eine sehr hohe Marktkonzentration im Lebensmittelhandel, was ihm eine große Marktmacht gibt. Diese Konzentration hat sogar die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) im Juni 2007 festgestellt. In der entsprechenden Schlussfolgerung der BWB heißt es: „Fest steht, dass der Lebensmittelhandel in Österreich einen – auch im gesamteuropäischen Vergleich – sehr hohen Konzentrationsgrad aufweist. Wettbewerbsdruck geht vorwiegend vom wachsenden Diskonthandel aus, der ‚traditionelle‘ Lebensmittelhandel hingegen ist hochkonzentriert.“

Und die Behörde folgert: „Die Untersuchung der Marktverhältnisse auf verschiedenen Beschaffungsmärkten hat neben der erwähnten Marktkonzentration



on weitere deutliche Hinweise für das Bestehen ausgeprägter Nachfragemacht ergeben: Die hohe Abhängigkeit ist aufgrund der Marktverhältnisse evident, ein Ausweichen auf andere Absatzkanäle, wie etwa den Export, ist nicht ohne Weiteres möglich.“ Der Verlust eines großen Abnehmers berge für Erzeuger und Importeure „die Gefahr schwerwiegender wirtschaftlicher Nachteile“. Wenn starke Herstellermarken fehlen und die Angebotsseite wenig konzentriert sei, sei „der Nachfragemacht kaum Grenzen gesetzt“.

Teuer trotz (?) Marktmacht

Die Marktmacht der Lebensmittelhändler müsste sich eigentlich positiv auf die Preise im Supermarktregal auswirken, denn sie deutet darauf hin, dass die Händler zu relativ günstigen Preisen bei Molkereibetrieben einkaufen können. Ernst Tüchler vom ÖGB meint aber: „Wie die Supermärkte genau zu ihren Preisen gelangen, darüber wissen wir nichts.“ Klar dürfte sein, dass der Handel heute mehr mitschneidet als noch vor knapp 30 Jahren: So lagen die Spannen im Lebensmittelhandel laut Tüchler Anfang der 1990er-

Jahre bei 14 Prozent, Anfang der 2010er-Jahre bei rund 28 Prozent.

Wie genau die Supermarktpreise für Agrarprodukte zustande kommen, ist wenig transparent. Eine Nachfrage beim Verein für Konsumenteninformation etwa dazu, wie der Butterpreis festgesetzt wird, der zuletzt stark angestiegen ist, ergab keine Antwort: Man wisse, wie die Preise etwa von Turnschuhen oder Modeartikeln entstehen, nicht aber, wie der Butterpreis zustande komme. Wichtig wäre eine höhere Transparenz durchaus – nicht zuletzt, weil sich die Preise für Lebensmittel auch im täglichen Einkauf der KonsumentInnen niederschlagen. Und falls, wie manche unterstellen, tatsächlich Absprachen für die hohen Preise verantwortlich sind, wäre eine Aufklärung dieser Geschäftspraktiken an der Zeit.

AK Preismonitor –
Wien ist teurer als Berlin:
tinyurl.com/y6vbct59
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das ungleiche Spiel

Kleinbäuerliche Betriebe in Entwicklungsländern, ArbeitnehmerInnen und die Umwelt zählen zu den VerliererInnen der weltweiten Öffnung des Agrarsektors.

Angela Pfister

Volkswirtschaftliches Referat im ÖGB

Die Landwirtschaft ist bis heute die wichtigste Erwerbsquelle und der größte Wirtschaftszweig der Welt. Ein Drittel aller arbeitenden Menschen weltweit ist in der Landwirtschaft beschäftigt. In Afrika südlich der Sahara stellt die Landwirtschaft die Lebensgrundlage für mehr als 60 Prozent aller Menschen dar. Nur etwas mehr als zehn Prozent der Weltagrarproduktion werden gehandelt. Topexporteure sind die EU (allein sechs EU-Länder finden sich unter den Top Ten der Agrarexporteure), die USA und Brasilien. Der Rahmen für den globalen Agrarhandel wird durch die Welthandelsorganisation WTO und eine Vielzahl bilateraler Handelsabkommen geregelt. Übergeordnetes Ziel ist die Ausdehnung und Liberalisierung des internationalen Handels durch die Abschaffung von Zöllen und Handelsbeschränkungen.

Schimäre freie Märkte

„Freie“ Märkte und weltweiter Wettbewerb würden nach dem Credo der EU-Kommission die Kosten der Produktion senken und dadurch den Wohlstand für alle steigern. Ob dies auch auf die Herstellung und den Handel von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Nahrungsmitteln zutreffen kann, ist zu bezweifeln – vor allem dann, wenn in Entwicklungsländern und Industriestaaten völlig unterschiedliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedingungen vorliegen. Für die Landwirtschaft vieler Entwick-

lungsländer ist der internationale Handel verheerend. Das vorrangige Ziel der Regierungen ist oftmals nur, durch Agrarexporte Devisen und Steuereinkommen zu lukrieren. Deshalb exportieren viele Länder Rohstoffe wie Soja, Mais, Zucker und Palmöl, die häufig unter menschenverachtenden Bedingungen und mit katastrophalen Auswirkungen für die Umwelt gewonnen werden. Diese billigen Exporte aus den Ländern des Südens sind Grundlage für die Nahrungsmittel-, Futter- und Treibstoffindustrie der Industrieländer. Die Versorgung der Bevölkerung und die heimischen Märkte in den Entwicklungsländern werden dabei aus den Augen gelassen. Als Importeure von Lebensmitteln sind sie oft zugleich von den Weltmärkten und deren Entwicklung abhängig.

Schwergewicht Zucker

Ein Beispiel ist der Zuckermarkt. Beinahe 50 Jahre lang war er streng reguliert und wurde bis zum Jahr 2017 schrittweise liberalisiert. Garantierte Abnahmepreise, Produktionsquoten und Beschränkungen des Importes gehören nun der Vergangenheit an. Nur die Importzölle wurden nicht angetastet. Die folgende Senkung der Garantiepreise führte zu erheblichen Einkommensverlusten und zu einem Rückgang der Produktion in vielen Ländern. Die EU wurde zu einem Nettoimporteur von Zucker. In der EU wurden die Betriebe zum Teil für die Verluste kompensiert, in vielen Entwicklungsländern aber gab es kaum einen Ausgleich. Massiv gestiegen ist die Produktion hingegen in Südamerika, insbesondere in Brasilien, in

einigen ostafrikanischen Ländern und in Südostasien. Die in Aussicht gestellten positiven Effekte eines großflächigen Zuckerrohranbaus für Wirtschaft und Bevölkerung sind jedoch weitgehend nicht eingetreten. In vielen Regionen, wo die Zuckerproduktion rasant gewachsen ist, kam es zu Landraub, zu Umsiedelungen oder zu gewaltsamen Vertreibungen. Die Arbeit auf den Plantagen ist saisonal begrenzt, die Löhne reichen kaum zum Überleben, Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. In vielen Ländern sind selbst sklavenartige Arbeitsbedingungen verbreitet.

Nicht weniger katastrophal sind die Effekte auf die Umwelt und Gesundheit der Menschen als Folge der Abholzung, des Pestizideinsatzes oder des enormen Wasserbedarfs. Laut dem „Water Footprint Network“ verbraucht die Herstellung von einem Kilogramm Zucker 1.783 Liter Wasser und für einen Liter Ethanol werden 2.100 Liter Wasser benötigt.

Zweifelhafter Sonderstatus

Viele afrikanische Länder erhielten von ihren ehemaligen Kolonialherren aus Europa einen Sonderstatus: Sie durften ihre Waren weitgehend zollfrei ausführen, während für Waren aus Europa Zölle zu zahlen waren. Die WTO urteilte später aber, dass diese einseitigen Zugeständnisse nicht rechtmäßig sind und dass diese Vorteile durch „Freihandel“ zu ersetzen sind. Daher verhandelt die EU seit Längerem über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit West-, Ost-, Zentral- und Südostafrika. Diese Abkommen werden kurz

WPAs oder EPAs genannt – die TTIPs für die armen Länder Afrikas. Der Widerstand vieler afrikanischer Länder ist groß. Auf Druck der Weltbank und im Zuge der Verhandlungen über die EPAs haben viele afrikanische Länder den Forderungen ihrer Gläubiger nachgegeben und ihre Zölle schon vor Abschluss der Verhandlungen erheblich gesenkt.

Verarmung

Über die katastrophalen Folgen wurde zwar immer wieder medial berichtet, doch fanden diese Berichte wenig Resonanz: Europäische Exporteure überfluteten die Märkte in Afrika mit Milchpulver, Gemüsekonserven oder Hühnerteilen. In Ghana etwa verarmten viele Tausend Bauern oder verloren ihre Existenz. Ghanaische Betriebe konnten ihre Tomatenernte nicht mehr vor Ort vermarkten, weil sie nicht mit den billigen Importkonserven aus Italien oder Spanien konkurrieren konnten.

Dieser Wettbewerbsvorteil ergibt sich durch das ungleiche Kräfteverhältnis: Auf der einen Seite ein hochspezialisierter, großflächiger Anbau sowie modernste Hightechfabriken, die sich seit der Nachkriegszeit zunächst durch hohe Zölle geschützt und mithilfe von umfangreichen Subventionen in den verschiedensten landwirtschaftlichen Sektoren entwickeln konnten. Auf der anderen Seite kleinste Äcker und veraltete Produktionsmethoden.

Öffentliche Investitionen oder Subventionen in die Entwicklung des Agrarsektors wurden in vielen Entwicklungsländern in Afrika und den am wenigsten industrialisierten Regionen Asiens in den letzten 30 Jahren vernachlässigt. Unbeeindruckt hält die EU-Kommission aber an ihrer Handelspolitik und Ideologie fest: Liberalisierung und Öffnung der Märkte bringe die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern des Südens voran.

Diese Ansicht ist insbesondere für den landwirtschaftlichen Sektor vor dem Hintergrund der verheerenden Auswirkungen mehr als fraglich. Die EU oder USA schützen selbst den Agrarsektor zum Teil noch mit Zöllen, zudem ist die Landwirtschaft subventioniert. Diese Subventionen sollen unglei-



Freihandelsabkommen können katastrophale Folgen für Entwicklungsländer haben. Ein Beispiel dafür ist Ghana, wo die Bauern verarmten oder ihre Existenz verloren.

che Produktionsvoraussetzungen (wie zum Beispiel im Fall der Bergbauernförderung) oder die Wettbewerbsnachteile aufgrund der Größe und der hohen Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards ausgleichen.

Neue Wege einschlagen

Solange das Kräfteverhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern unterschiedlich ist, sind der Landwirtschafts- und der Nahrungsmittelsektor jedenfalls aus Handelsabkommen auszuklammern. Entwicklungsländer dürfen nicht gezwungen werden, ihre Zölle zu senken, und es darf ihnen auch nicht verboten werden, durch Zollerhöhungen ihre Märkte zu schützen.

Zu bedenken ist, dass gerade für die Länder des Südens Zölle auch eine wichtige Einnahmequelle sind. Der Bedarf an öffentlichen Mitteln ist für die Schaffung von Institutionen bis hin zu entsprechenden Infrastrukturen – Brunnen, Straßen, Gesundheitsversorgung, Rechtsinstitutionen sowie Beratungs- und Bildungseinrichtungen – groß. Auch wo landwirtschaftliche Betriebe mehr produzieren könnten, passiert dies oft

nicht, weil Lager- und Transportmöglichkeiten fehlen. Die schädliche Wirkung von Subventionen im Agrarhandel ist hinlänglich bekannt. Daher ist es der richtige Weg, direkte Ausfuhrsubventionen abzuschaffen. Was indirekte Subventionen betrifft, ist zu überlegen, wie dieser ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteil zum Beispiel durch Zölle seitens der Entwicklungsländer kompensiert werden kann.

Unternehmen dürfen nicht länger von menschenunwürdiger Arbeit und der Missachtung von Umweltschutz profitieren können. Abkommen brauchen daher klare Regeln für Betriebe sowie Klagemöglichkeiten für Geschädigte. Zudem sind Sozial- und Umweltstandards in Abkommen zu verankern, um Dumping weltweit zu verhindern – und um ArbeitnehmerInnen in Entwicklungsländern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
angela.pfister@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ernte aus dem Steuertopf

Was der Agrarsektor 2016 extra bekommen hat und warum es ein Gerechtigkeitsdefizit gibt.

Maria Burgstaller

Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

In gewöhnlichen Jahren betragen die Agrarsubventionen für die österreichische Landwirtschaft mehr als zwei Milliarden Euro. Wenn aufgrund hoher Erntemengen die Preise verfallen und gleichzeitig ein Teil der Betriebe wegen Dürre und/oder Frost geringe Mengen erntet, steigen die Begehrlichkeiten nach mehr öffentlichen Geldern. Für 2016 wurden einige Hundert Millionen Euro mehr an Zuschüssen gewährt. Von Steuermitteln für die Ernteversicherung über Zahlungen für Frostschäden, Hilfspakete für Schweine- und Milchbauern bis hin zur Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge reicht die Palette.

Katze und Schwanz

Der Großteil der zusätzlichen Subventionen kommt nicht aus dem Agrarbudget, sondern aus anderen Steuertöpfen. Die Summe der tatsächlichen Agrarausgaben wird so nicht im vollen Ausmaß sichtbar. Auch für die statistische Einkommensberechnung zählen manche Subventionen nicht. Daher wird weiterhin ein Durchschnittseinkommen berechnet werden, das dann als Begründung für weitere zukünftige Unterstützungsmaßnahmen herhalten muss.

Ende 2016 zeichnete sich nach langem Tauziehen eine Einigung in Sachen Sozialversicherung ab: Die Beiträge für das vierte Quartal an die Sozialversicherung der Bauern (SVB) wurden um mehr als die Hälfte (53 Prozent) reduziert. Diese sehr außergewöhnliche Maßnahme, die

bisher keine Branche gefordert hatte, wurde mit der schlechten Marktsituation für die MilchproduzentInnen begründet. Profitieren werden jedoch alle LandwirtInnen – und zwar unabhängig von ihrer tatsächlichen Einkommenssituation. Was, so die berechtigte Frage, hat die Sozialversicherung mit dem Milchpreis zu tun? Und warum sollen auch kuhlose LandwirtInnen ihren Eigenbeitrag zum Solidarsystem nicht leisten? Klar ist, diese Maßnahme löst keine Marktprobleme. Denn das Dilemma am Milchmarkt ist durch die steigende Milchproduktion in Kombination mit der weniger wachsenden Nachfrage verursacht.

Viele landwirtschaftliche Betriebe zahlen systemimmanent keine Einkommenssteuern. Aber ein gewisser Eigenbeitrag aller LandwirtInnen an die Sozialversicherung wurde bisher außer Streit gestellt, zahlt doch die öffentliche Hand ohnehin annähernd 80 Prozent der Beiträge des Pensionssystems der SVB. So gesehen stellt jede Beitragskürzung eine Erhöhung der öffentlichen Mittel dar, die außerhalb des Agrarbudgets aufzubringen sind. Größere Betriebe mit höherem Einkommen zahlen für gewöhnlich höhere SVB-Beiträge und profitieren dadurch am meisten.

Es war nicht die einzige Förderung, die LandwirtInnen im Jahr 2016 zusätzlich zugute kam. Im Mai wurden 76 Mio. Euro an Budgetmitteln für die Erweiterung der subventionierten Ernteversicherung beschlossen. Die öffentlichen Zuschüsse kommen aus dem Katastrophenfonds des Bundes und aus Ländermitteln. Das ohnehin reichlich dotierte Agrarbudget wird dadurch geschont.

Auch mögliche EU-Budgetmittel werden dafür nicht herangezogen.

Die Allgemeinheit zahlt

Zudem gab es extra Steuergelder für Frostschäden. Denn nicht alle LandwirtInnen hatten sich gegen Frostschäden versichert, obwohl bereits bisher die Versicherungsprämie subventioniert war. Und wer zahlt die zusätzlichen 100 Millionen Euro? Die Gelder kommen nicht aus dem Agrarbudget oder dem Landwirtschaftsministerium, sondern aus dem Katastrophenfonds und von den Ländern. Budgetmittel also, die anderswo eingespart werden müssen. Zu bedenken ist, dass die „Belohnung“ für Nicht-Versicherte nicht gerade zur Versicherungsmoral der LandwirtInnen beiträgt. Weil, so der bleibende Eindruck: Wenn wieder was passiert, springt ohnehin der Staat ein.

Freilich macht es Sinn, finanziell schwache Betriebe in der Landwirtschaft zu fördern. Ideal wäre aber ein Modell, das sich aus dem Agrarsektor selbst finanziert, sodass zusätzliche Steuermittel nicht mehr aufgebracht werden müssen. Denn die Frage ist naheliegend, ob z. B. SteuerzahlerInnen mit niedrigem Einkommen wie VerkäuferInnen oder LandarbeiterInnen tatsächlich auch Einkommen von großen Landwirtschaftsbetrieben auf unbestimmte Zeit finanziell absichern sollen.

AW-Blog:

tinyurl.com/yalkh6m7

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion
aw@oegb.at



Nicht zuletzt

von

Rainer Wimmer

Bundesvorsitzender der PRO-GE

Wir kämpfen für Fairness

Wer von Land- und Forstwirtschaft hört, denkt nicht automatisch an Gewerkschaft. Doch wer glaubt, das hätte nichts miteinander zu tun, irrt sich: Auch in diesem Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft sind Gewerkschaft und BetriebsrätInnen hochaktiv.

Betrachtet man den gewerkschaftlichen Stammbaum, dann waren die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft ursprünglich in der Gewerkschaft Land-Forst-Garten und später in der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG) organisiert.

Im Jahr 2006 vereinigte sich die ANG, deren Vorsitzender ich seit 2004 war, mit der damaligen Gewerkschaft Metall-Textil, und drei Jahre später entstand aus der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung und der Gewerkschaft der Chemiearbeiter die Produktionsgewerkschaft PRO-GE. Sie ist die für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft zuständige Gewerkschaft.

Zersplitterung und Föderalismus

Die vielfältigen Tätigkeitsbereiche, die zersplitterte Betriebsstruktur und ein starker Föderalismus machen diese Branche für uns zu einer großen Herausforderung, wie auch ein Blick auf unsere Kollektivvertragslandschaft beweist: Von den Bäuerlichen Betrieben des Burgenlandes bis hin zu den Winzergenossen-

schaften Niederösterreich zählen wir rund 30 Kollektivverträge. Darunter sind einige „starke“ Kollektivverträge, wie jener für die Österreichischen Bundesforste oder die Bayerischen Saalforste Salzburg. Aber es überwiegen jene, wo wir von einem Mindestlohn von 1.500 Euro noch mehr oder weniger deutlich entfernt sind.

Arbeitsrechtliche Abgründe

An dieser Stelle ist es mir wichtig festzuhalten: Auch wenn die (oft migrantischen) ArbeitnehmerInnen in der Land- und Forstwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung leider nur eine untergeordnete Rolle spielen bzw. bewusst an den Rand gedrängt werden – nicht nur bei den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zum Mindestlohn im Frühjahr waren und sind uns ihre Interessen ein großes Anliegen.

Es ist für uns keine Neuigkeit, dass der Kollektivvertrag und die betriebliche Realität nicht immer im Einklang stehen. Doch gerade im land- und forstwirtschaftlichen Bereich tun sich manchmal arbeitsrechtliche Abgründe auf, die man im Österreich des 21. Jahrhunderts nicht mehr für möglich halten würde.

Wir bemühen uns als PRO-GE nach Leibeskraften, sowohl die gewerkschaftliche Organisation in der Land- und Forstwirtschaft als auch die Durch-

setzung der Rechte der ArbeitnehmerInnen voranzutreiben. Aufgrund einiger Besonderheiten – Saisonarbeit, Sprachbarrieren und ein kaum vorhandenes Unrechtsbewusstsein vieler Arbeitgeber – gestaltet sich das jedoch schwieriger als in anderen Branchen.

Gerade deshalb wäre eine wirkungsvolle Kontrolltätigkeit der Landwirtschaftsinspektorate von großer Bedeutung: Auf Basis des Tätigkeitsberichts des Landwirtschaftsinspektorates Steiermark lässt sich errechnen, dass ein landwirtschaftlicher Betrieb in der Steiermark durchschnittlich alle 1.200 Jahre kontrolliert wird. Hier ist Nachholbedarf ein bescheidener Hilfsausdruck, vielmehr würde ich klar von einem Politikversagen sprechen.

Offensichtliche Versäumnisse

Die mangelnde personelle Ausstattung der Landwirtschaftsinspektorate ist nicht das einzige offensichtliche Versäumnis der heimischen Landwirtschaftspolitik. Aber sie alle zu nennen würde den Rahmen sprengen.

Jedenfalls: Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen sind es auch in der Land- und Forstwirtschaft in erster Linie die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die gemeinsam mit der Gewerkschaft für faire Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung der Beschäftigten eintreten!

Der blog.arbeit-wirtschaft.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „A&W“. Frisch gebloggt zeigt einige Highlights.

Erfolgsmodell Sozialstaat

Sylvia Kuba

Anders als oft behauptet: Der österreichische Sozialstaat ist ein Erfolgsmodell. Im europäischen Vergleich steht er exzellent da. Vor allem die Mittelschicht profitiert davon, denn sie zahlt zwar viel in den Sozialstaat ein, bekommt aber auch viel wieder zurück. Sind die Menschen jung, beschäftigt, gesund und ohne Kinder, dann zahlen sie primär in das soziale Sicherungssystem ein. Kommen Kinder, wird man krank oder arbeitslos und geht schließlich in Pension, befindet man sich in der Auszahlungsphase. Das ist die typische sozialstaatliche Verteilungswir-

kung über den Lebenszyklus. In der politischen Diskussion dominiert die Befürchtung, hohe Sozialausgaben und hohe Abgabenlast würden die wirtschaftliche Entwicklung bremsen. Aber das Gegenteil ist der Fall, wie die Daten zeigen: Österreich verfügt mit fast 37.000 Euro über das vierthöchste BIP pro Kopf zu **Kaufkraftstandards**. Der Sozialstaat leistet folglich ganze Arbeit für uns. Viele Gründe also, ihn gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/ybrq73zb

Abgabenquote senken = Sozialstaat kürzen

Sylvia Kuba

Im Wahlkampf waren wieder die Steuersenker unterwegs. Das Problem: Hinter den Ankündigungen verbirgt sich nichts weniger als eine Attacke auf den Sozialstaat. Genannt wurden horrenden Summen von bis zu 19 Milliarden Euro. Dies wäre im Übrigen sogar mehr, als der Staat momentan insgesamt für alle Schulen und Unis ausgibt. Tatsächlich können solche drastischen Summen nur dann eingespart werden, wenn öffentliche Leistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Pensionen massiv gekürzt werden. Ja, selbst wenn man sofort alle Krankenhäuser zusperrt und sämtliche Polizis-

Innen entlässt, hätte man immer noch nicht genug gespart. Konfrontiert mit solchen Fakten, sagen PolitikerInnen gern das Wort Verwaltungsreform. Unter uns: Österreichs Verwaltung ist nicht perfekt. Aber: Mehrere Milliarden Euro können dort nicht geholt werden. Zudem attestiert die OECD unserer Verwaltung, zu den effektivsten in Europa zu gehören. Wenn jemand also solche Ankündigungen macht, bedeutet das in der Realität nur eines, nämlich einen Angriff auf den Sozialstaat.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/yd6fcdok

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook:

facebook.com/arbeit.wirtschaft

Aus AK und Gewerkschaften

AK/ÖGB:

„Eiskalte, neoliberale Agenda“

AK-Präsident Kaske und ÖGB wehren sich gegen Angriffe auf Pflichtmitgliedschaft.

„Wir bewerten jede Regierung danach, was sie für die ArbeitnehmerInnen dieses Landes macht“, erklärte AK-Präsident Rudi Kaske vor der AK-Vollversammlung Ende Oktober. Die Angriffe auf die gesetzliche Mitgliedschaft in den Kammern könne man wie folgt zusammenfassen: „Dahinter steckt eine eiskalte, neoliberale Agenda.“ Bei der Forderung nach Abschaffung der gesetzlichen Kammer-Mitgliedschaft „geht es um eine Grundhaltung, die Frank Stronach trefflich umschrieben hat: Wer das Gold hat, macht die Regeln! Das ist zutiefst menschenverachtend und demokratiepolitisch bedenklich“, so Kaske.

Den oft strapazierten Vergleich mit dem ÖAMTC weist der AK-Präsident zurück: „Menschen sind keine Pkws. Bei uns geht es nicht um Reifenpannen, sondern um menschliche Existenzen.“

Einen „Vollkaskoschutz um sieben Euro im Monat“ kann die AK nur durch eine gesetzliche Mitgliedschaft erreichen, so Kaske. Eine Senkung der Umlage würde zu einer „Teilkasko-Versicherung mit hohem Selbstbehalt“ führen. Zudem sei es nur durch die breite Mitgliederbasis möglich, 800.000 Menschen, die derzeit keinen Beitrag zahlen müssen, ebenso zu vertreten. „Anderswo diktiert der Preis die Leistung. Bei uns wird solidarisch allen Arbeitnehmern, die Hilfe benötigen, geholfen“, sagt der AK-Präsident.

Auch der ÖGB beschäftigte sich mit der Frage der Kammermitgliedschaft. „Der ÖGB-Bundesvorstand erwartet sich von allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen in Österreich, dass sie auch in Zukunft die Rolle der Sozialpartner anerkennen und diese

weiterhin in die politische Entscheidungsfindung einbinden.“ So heißt es in einer Mitte Oktober beschlossenen Resolution des ÖGB-Bundesvorstands: „Das ist entscheidend für die Sicherung des Wohlstands in Österreich und trägt wesentlich zum sozialen Frieden und zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land bei. Gerade im Hinblick auf die vor uns liegenden Herausforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt wäre es fahrlässig, auf die Expertise der Sozialpartner zu verzichten.“ Die Resolution wurde mit deutlicher Mehrheit beschlossen (keine Gegenstimme, eine Stimmenthaltung).

ÖGB-Resolution:
tinyurl.com/ybs7rgxm

GPA – Faktencheck Pflichtmitgliedschaft:
tinyurl.com/Pflichtmitgliedschaft

AK/Gewerkschaften:

Meilenstein für ArbeiterInnen

Breite Zustimmung zur Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten sowie das Aus für Internatskosten der BerufsschülerInnen.

VertreterInnen von Arbeiterkammer und Gewerkschaften sparten nicht mit großen Worten, um die Angleichung der Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten zu kommentieren. „Das ist ein Meilenstein für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, die bisher vor allem bei den Kündigungsbestimmungen und Dienstverhinderungsgründen benachteiligt waren. Das ist nun endlich Geschichte“, freute sich Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE. Endlich sei die Abschaffung der Zweiklassen-Arbeitnehmerschaft gelungen, so Wimmer. Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp, erklärte: „Der 12. Oktober 2017 ist ein guter Tag für die ArbeitnehmerInnen, die aktuellen Beschlüsse des Nationalrats bringen ein Stück mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.“ AK-Präsident Rudi Kaske betonte: „Es ist ein großer Schritt, dass die Diskriminierungen von

verschiedenen Gruppen von ArbeitnehmerInnen endlich abgeschafft werden.“

Bei Kündigungen haben ArbeiterInnen in Zukunft dieselben, längeren Kündigungsfristen wie Angestellte und hinsichtlich der Dienstverhinderungsgründe sind sie nicht mehr schlechtergestellt. Das heißt zum Beispiel, dass auch ArbeiterInnen künftig die versäumte Arbeitszeit, wenn ein wichtiger persönlicher Grund vorliegt, bezahlt bekommen. „Benachteiligungen sind hier nicht mehr zulässig. Es war höchste Zeit, diese Bestimmungen zu reformieren und für mehr Fairness und Gerechtigkeit zu sorgen“, so Wimmer.

Von der Gleichstellung der ArbeiterInnen und Angestellten werden rund 3,5 Millionen Beschäftigte profitieren, zwei Millionen davon sind Angestellte, so Katzian: „Das bedeutet für sie beispielsweise Verbesserungen bei der Entgeltfort-

zahlung.“ Der Widerstand der Arbeitgeber in dieser Frage ist für den Vorsitzenden der GPA-djp nicht nachvollziehbar: „Längere Übergangsfristen ermöglichen es den Unternehmen, sich auf die neuen Regelungen optimal vorzubereiten.“

Auch die Übernahme der Internatskosten für BerufsschülerInnen sei ein großartiger Erfolg der Gewerkschaftsjugend, erinnert Katzian an die Aktion „Zimmer statt Zelt“. „Die Kosten für das Berufsschulinternat betragen bis zu 900 Euro jährlich. Nicht alle Lehrlinge haben das Glück, in einer Branche ausgebildet zu werden, für die der Kollektivvertrag bereits die Übernahme dieser Kosten durch den Arbeitgeber regelt. Dieser Beschluss bedeutet eine große Entlastung für viele Jugendliche, aber auch für deren Eltern!“

Mehr Info: tinyurl.com/yc8nahzf

Man kann nicht alles wissen ...

AMA (Agrarmarkt Austria): 1993 eingerichtete Körperschaft öffentlichen Rechts; als EU-konforme Marktordnungsstelle vollzieht sie alle EU-Marktordnungen. Aufgaben: Markt- und Preisberichterstattung über in- und ausländische Märkte, Maßnahmen zur Qualitätssteigerung, Entwicklung und Anwendung von Qualitätsrichtlinien für agrarische Produkte und daraus hergestellte Erzeugnisse. Das Marketing für Agrarprodukte aus Österreich läuft über die AMA-Tochter Agrarmarkt Austria Marketing GesmbH. Außerdem hat die AMA u. a. die Agenden des vormaligen Milchwirtschafts-, des Getreidewirtschafts- und des Mühlenfonds sowie der Vieh- und Fleischkommission übernommen. Als von Österreich gegenüber der EU beauftragte Zahlstelle ist die AMA auch für die Ausgleichszahlungen an Bauern in benachteiligten Regionen und für Zahlungen aus dem Umweltprogramm ÖPUL zuständig. Der AMA Verwaltungsrat besteht aus je drei VertreterInnen der Landwirtschaftskammer, der AK, von ÖGB und Wirtschaftskammer. (Seite 20; 31)

Bundswettbewerbsbehörde (BWB): 2002 auf Grundlage des Wettbewerbsgesetzes gegründete weisungsfreie und unabhängige Behörde, die sich mit dem Aufgriff und den Ermittlungen von Verstößen gegen Kartellgesetz und Europäisches Wettbewerbsrecht beschäftigt. Organisatorisch ist die BWB beim Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft situiert; Generaldirektor für Wettbewerb: Theodor Thanner. www.bwb.gv.at (Seite 39)

Derivate (auch: Derivative): Finanzprodukte, deren Preis vom Wert anderer Wertpapiere abhängig ist. Oft wird der Begriff auch als Sammelbezeichnung für Termingeschäfte, wie sie im Rohstoffhandel häufig vorkommen, verwendet. Zu den Derivaten zählen beispielsweise: Futures, also die Verpflichtung, zu einem genau definierten Zeitpunkt in der Zukunft einen bestimmten Vermögensgegenstand (z. B. eine Anleihe) zu einem vorher festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen (unbedingtes Termingeschäft); Optionen als bedingte Termingeschäfte bieten das Recht, gegen Zahlung einer Prämie einen Vermögensgegenstand zu einem vorher festgelegten Kurs innerhalb einer festgesetzten Frist oder zu einem bestimmten Zeitpunkt kaufen oder verkaufen zu können. (Seite 36)

Ethanol: Alkohol (auch Ethylalkohol oder Weingeist); auf natürlichem Weg entsteht es durch die Vergärung zuckerhaltiger Früchte. Synthetisch hergestellt wurde es erstmals 1826. Heute wird die farblose, würzig riechende und leicht brennbare Flüssigkeit vorwiegend durch die Vergärung von Biomasse produziert. Ethanol wird als Lösungs- und Desinfektionsmittel, aber auch als Biokraftstoff eingesetzt. Alkohol zum mensch-

lichen Konsum wird besteuert, während unversteuertes Ethanol für andere Zwecke, etwa auch Spiritus, durch verschiedene Zusätze vergällt (ungenießbar gemacht) wird. (Seite 37)

EU-Wasserrahmenrichtlinie: Die europäische Wasserpolitik wurde im Jahr 2000 durch die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) grundlegend reformiert. Die WRRL zielt darauf ab, bis 2015, mit Ausnahmen spätestens 2027, die Qualität von Oberflächengewässern und Grundwasser systematisch zu verbessern bzw. gute Qualität zu erhalten. Dies gilt auch für Ländökosysteme und Feuchtgebiete, die direkt von den Gewässern abhängig sind. Die Richtlinie wurde 2003 in Österreich in nationales Recht überführt. Zur Umsetzung wird alle sechs Jahre – zuletzt 2015 – ein Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) erstellt. (Seite 16)

Foodwatch: 2002 anlässlich der Rinderseuche BSE vom ehemaligen Greenpeace-Geschäftsführer Thilo Bode gegründeter gemeinnütziger Verein mit Sitz in Berlin, der für das Recht der VerbraucherInnen auf qualitativ gute, gesundheitlich unbedenkliche und ehrliche Lebensmittel kämpft. (Seite 37)

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): Die Unterzeichnung des Vertrages von Rom zur Gründung der EWG 1957 führte auch zur Gründung einer Gemeinsamen Agrarpolitik. Anfangs galt vor allem das Ziel, die europäische Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Heute geht es besonders darum, dass sich die Erzeuger von Nahrungsmitteln auf den Märkten in Europa und weltweit behaupten können. Verordnungen und Richtlinien werden hauptsächlich von der EU-Kommission ausgearbeitet, seit der Agenda 2000 hat auch das Europäische Parlament ein Mitspracherecht. Die GAP ruht auf zwei Säulen, der gemeinsamen Marktordnung und der Entwicklung des ländlichen Raums. Dementsprechend gibt es zwei EU-Agrarfonds: den Europäischen Garantiefonds für Landwirtschaft EGFL (für die einheitliche gemeinsame Marktordnung und Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dessen Entwicklungsmaßnahmen national kofinanziert werden müssen. (Seite 14)

Indexfonds: Fonds, mit denen versucht wird, durch entsprechenden Aktienmix und den Einsatz von Derivaten einen bestimmten Börsenindex (z. B. DAX) möglichst exakt nachzubilden. (Seite 37)

Insemination: Instrumentelle Samenübertragung (Seite 32)

Kaufkraftstandard: von Landeswährungen unabhängige künstliche Geldeinheit, die Verzerrungen

aufgrund von Unterschieden im Preisniveau verschiedener Länder ausschaltet. Ein KKS entspricht dem EU-Durchschnitt für einen Euro. Theoretisch kann mit einem KKS in jedem Land die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erworben werden. Aufgrund der Preisunterschiede zwischen den Ländern werden jedoch je nach Land für die gleichen Waren und Dienstleistungen unterschiedliche Mengen von nationalen Währungseinheiten benötigt. (Seite 44)

Nitrate: Stickstoffverbindungen, die in der Natur hauptsächlich als Natriumnitrat vorkommen; Nitrate werden von Pflanzen als Nährstoffe benötigt und daher auch als Dünger, etwa in Form von Gülle, eingesetzt. So gelangen die Nitrate ins Grund- bzw. Trinkwasser. Daraus kann in Lebensmitteln, aber vor allem im Körper durch die Darmbakterien Nitrit gebildet werden, das zu Sauerstoffmangel in den Geweben und im schlimmsten Fall zu innerer Erstickung führen kann. Besonders gefährdet sind Säuglinge und Kinder mit akuten Magen-Darm-Infektionen. (Seite 16)

ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft): Das derzeit aktuelle ÖPUL 2015 läuft bis 2020 und ist seit 1995 bereits das fünfte Agrarumweltprogramm. Finanziert wird ÖPUL, an dem im Prinzip jeder landwirtschaftliche Betrieb teilnehmen kann, je zur Hälfte aus nationalen und aus EU-Mitteln. (Seite 16)

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE): 1967 gegründete Forschungs- und Informationseinrichtung zu Fragen der Entwicklungsländer, der Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungspolitik. (Seite 36)

Oxfam: Oxford Committee for Famine Relief; 1942 ursprünglich zur Linderung der Hungersnot der griechischen Bevölkerung während der deutschen Besatzung gegründet, kämpft die unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation heute international gegen Armut und Ungerechtigkeit. Nach dem Konzept „Wir machen Überflüssiges flüssig“ leisten die Oxfam-Shops mit dem Verkauf gespendeter Waren einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Oxfam-Projekten. (Seite 37)

Schimäre (Chimäre): Hirngespinnst, Ungeheuer (Seite 40)

Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): 1990 gegründetes deutsches Institut mit Sitz in Mannheim, dessen monatlich veröffentlichte Konjunkturerwartungen ein wichtiger Frühindikator für die Entwicklung in Deutschland sind. (Seite 13)



Die Rolle von Gewerkschaften bei der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft

Ulrich Brand/Kathrin Niedermoser (Hrsg.)

Zeitgeschichte

2017 / 204 Seiten / EUR 19,90

ISBN 978-3-99046-283-6

Die ökologische Krise, allen voran der Klimawandel, rückt immer stärker ins Zentrum gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Gewerkschaften und die Interessen von ArbeitnehmerInnen spielen jedoch in den aktuellen sozial-ökologischen Debatten und Politiken meist eine untergeordnete Rolle. Das Buch geht der Frage nach, wie es gelingen kann, Gewerkschaften bei der Formulierung von sozial-ökologischen Strategien zu stärken. Dabei werden bereits bestehende gewerkschaftliche Erfahrungen und Projekte und ein detaillierter Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen gewerkschaftlicher Praxis und sozial-ökologischen Anforderungen aufgezeigt.

Mit Beiträgen von Ulrich Brand, Hubert Eichmann, Beate Littig, Kathrin Niedermoser, Astrid Segert, Michael Soder, Sigrid Stagl und Hendrik Theine.

BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare		
Name		Vorname
Firma/Institution		
Telefon		E-Mail
Anschrift		PLZ Ort
Datum, Unterschrift		



OHNE KAMMERPFLICHT GIBT'S KEINEN KOLLEKTIVVERTRAG ...

... DER

jährliche Lohnerhöhungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Montage-, Nacht- oder Schmutzzulage, Freizeittage bei Hochzeit oder Todesfall, bessere Kündigungsfristen und vieles mehr

REGELT.

KOLLEKTIV

rInnen für den betrieblichen Bereich Service
schinenring Personal und Service eGen
mark

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

/

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW